

Wer ist verantwortlich? Die Europäische Union, ihre Nationalstaaten und die massenmediale Attribution von Verantwortung für Erfolge und Misserfolge*

Jürgen Gerhards / Anke Offerhaus / Jochen Roose

1. Theoretischer Rahmen, Fragestellungen und Hypothesen

Die Verantwortung für gesellschaftliche Problemlagen, für Erfolge und Misserfolge ist nicht naturgegeben und ergibt sich auch nicht allein aus der Realität selbst. Dies gilt für europäische Themen ebenso wie für globale oder nationale Themen. Ist die Kostenexplosion im Gesundheitswesen den Patienten ursächlich zuzuschreiben, die immer häufiger gesundheitliche Leistungen in Anspruch nehmen, oder den Ärzten und Apothekern, die überdurchschnittliche Gewinne erwirtschaften, oder der monopolistischen Stellung der kassenärztlichen Vereinigungen, oder der politischen Unter- oder auch Überregulierung des Gesundheitssektors? Hat die SPD die Bundestagswahl im Herbst 2005 eigentlich gewonnen oder verloren? Bundeskanzler Schröder erklärte sich noch in der Wahlnacht als Gewinner der Wahl und interpretierte das erreichte Wahlergebnis in Bezug auf die Umfrageergebnisse, die der SPD noch vier Wochen vor der Wahl prognostiziert worden waren, als klaren Erfolg. Dafür, dass die SPD nicht noch besser abgeschnitten hatte, machte er die Massenmedien verantwortlich, die im Wahlkampf die CDU/CSU und die FDP bevorzugt hätten.

Der Prozess der Zuschreibung bzw. der Attribution von Verantwortung findet in modernen Gesellschaften vor allem in der massenmedialen Öffentlichkeit statt. In der Medienarena als der aus demokratietheoretischer Sicht wichtigsten institutionalisierten Form von Öffentlichkeit werden durch die Berichterstattung über politische Vorgänge und deren Folgen gesellschaftliche und politische Entwicklungen nicht nur beobachtet, sondern auch sinnhaft konstruiert. Die wechselseitige Aushandlung von Verantwortlichkeiten der politischen Akteure in den Medien ist Teil dieses Konstruktionsprozesses. Das Ergebnis des Prozesses hat wiederum Einfluss auf die Bürger, die diese Debatten beobachten.¹ Deren Einschätzungen und Bewertungen von politischen Akteuren und Themen speist sich in einem nur sehr begrenzten Ausmaß aus unmittelbarer Erfahrung, sie resultiert in erster Linie aus der Beobachtung der massenmedialen Öffentlichkeit.²

* Empirische Grundlage der folgenden Ausführungen bilden Daten, die im Kontext eines von der DFG finanzierten Projekts erhoben wurden.

1 Wir wissen aus einer Vielzahl an Studien, dass vor allem die Massenmedien die zentralen Institutionen der Informationsvermittlung darstellen und dass die Bürger von dieser Möglichkeit auch hinreichend Gebrauch machen (Berg 1996: 183).

2 Dass die in den Medien erfolgten Attributionen von Verantwortung einen Einfluss auf die Wahrnehmungen der Bürger haben, hat Shanto Iyengar (1991) in seiner viel zitierten Studie auf der Basis von Experimenten gezeigt. Unterschiedliche journalistische Darstellungsweisen, nämlich die Präsentation von Ereignissen innerhalb episodischer oder thematischer Rahmen,

Die Verantwortungszuschreibung in den Medien entscheidet mit über das Image, die Kompetenzzuschreibung und die Legitimität, die Akteure in den Augen der Bürger genießen. Und da die Bürger in Demokratien wiederum über die Zukunft der politischen Amtsträger mitentscheiden, haben erfolgreiche oder nichterfolgreiche Attributionshandlungen einen mittelbaren Einfluss auf deren Karriere- und Machtchancen. Die politischen Akteure wissen von der Wirkungsmächtigkeit der massenmedialen Kommunikation und versuchen daher mit großem Aufwand, ihre Deutungen und Attributionen öffentlich zu kommunizieren, um bei den potenziellen Wählern Zustimmung für sich und Ablehnung der politischen Kontrahenten zu erzeugen. Dies gilt auch für die öffentliche Debatte über europäische Themen und Politiken.

Trotz dieser Bedeutung von öffentlichen Attributionen haben die Sozialwissenschaften bis dato weder ein methodisches Instrumentarium entwickelt, mit dem man Attributionsaussagen systematisch erheben kann, noch Hypothesen formuliert, die Unterschiede im Attributionsverhalten von Akteuren erklären können. Die Attribution von Verantwortung ist ein vorwiegend von Sozialpsychologen untersuchter Gegenstandsbe- reich (vgl. Ficham/Hewstone 2002; Försterling/Stiensmeier-Pelster 1994). Im Mittel- punkt steht dabei die Frage, ob ein Akteur die Ursache eines Handlungsergebnisses sich selbst oder den äußeren Umständen zuschreibt. Ergebnisse aus Untersuchungen zur individuellen Leistungsmotivation belegen, dass das Attributionsverhalten zwischen verschiedenen Charaktertypen zwar variiert, in der Tendenz aber die Akteure sich Er- folge selbst zuschreiben, während Misserfolge auf widrige Umstände zurückgeführt werden. Die Zurechnung von Erfolg und Misserfolg spielt eine entscheidende Rolle in der Erklärung der Leistungsmotivation von Personen, da der Attributionsvorgang handlungsleitend in Folgesituationen ist (Ficham/Hewstone 2002: 245 ff.). Nach einem ähnlichen Prinzip kann das Attributionsverhalten auch auf die gruppenspezifische Her- kunft eines Akteurs zurückgeführt werden. Menschen neigen dazu, die Eigengruppe ge- genüber der Fremdgruppe zu bevorzugen; im Sinne einer gruppenspezifischen Verzer- rung attribuieren Akteure positives Verhalten der Fähigkeit der eigenen Gruppe, wäh- rend sie positives Verhalten von Mitgliedern der Fremdgruppe eher extern attribuieren, also den Umständen zuordnen. Grundmotiv ist dabei jeweils, eine positive Selbstsicht aufrechtzuerhalten und abzustützen.

Auch in der Kommunikations- und Medienwissenschaft wird unter Anwendung so- zialpsychologischer Attributionstheorien die massenmediale Darstellung von Wahl- (vgl. Tennert/Stiehler 2001; Stiehler 2000; Försterling 2000; Stiehler/Marr 1996) und Sportergebnissen (vgl. Knight/McNeill/Donnelly 2005; Möller 1993; Stiehler/Marr 1995) untersucht. Die dabei im Vordergrund stehenden Zuschreibungen der Ursachen und Verursacher von Erfolg bzw. Misserfolg ergeben sich, so Stiehler (2000: 106 ff.), aus der Interpretationsbedürftigkeit der Ergebnisse von Wahlen und Sportwettkämpfen. Dabei zeigen die Analysen, dass Erfolge und Misserfolge in den Medien nach den glei- chen, aus sozialpsychologischen Experimenten bekannten Mechanismen attribuiert wer- den: Beispielsweise wird eine Wahlniederlage den widrigen Umständen zugerechnet, während der Wahlsieg auf die eigene Kompetenz zurückgeführt wird.³

haben einen systematischen Einfluss auf die Art und Weise der Verantwortungszuschreibung durch die Rezipienten. Vgl. auch Chong und Druckman (2007).

³ Die Frage nach den Effekten der durch die Massenmedien vermittelten Attributionen auf die

Die sozialpsychologische und auch kommunikationswissenschaftliche Attributionsforschung ist aber insgesamt für eine soziologische Attributionsforschung nur begrenzt befruchtend und dies aus drei Gründen: a. Soziologen sind in erster Linie an kollektiven Akteuren und Institutionen interessiert; vor allem die sozialpsychologische Forschung fokussiert in erster Linie allein auf individuelle Akteure und beispielsweise deren Charakter. b. Soziologen erklären das Handeln von Akteuren und somit auch das Attributionshandeln mit Rekurs auf die strukturellen Bedingungen und die ideologischen Orientierungen, die ein Akteur innerhalb einer Gesellschaft oder eines gesellschaftlichen Feldes einnimmt. Zu dieser Frage finden sich in der Literatur so gut wie keine Hypothesen. c. Schließlich ist die empirisch-systematische Erhebung und Auswertung von Attributionsvorgängen eine empirische Herausforderung, zu der es keine guten Vorlagen gibt, auf die man zurückgreifen kann. Die Entwicklung einer Methode zur systematischen Erhebung von Attributionshandlungen ist weitgehend ein methodisches Neuland (eine Ausnahme bildet die Arbeit von Peters/Heinrichs 2005).

Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen bilden Annahmen über die strategischen Interessen von Akteuren. Wer sich in den Massenmedien zu Wort meldet, will in aller Regel eine bestimmte Sichtweise, eine Meinung oder Interpretation in der Öffentlichkeit durchsetzen. Die Interessen von Akteuren ergeben sich wiederum aus der strukturellen Lagerung von Akteuren, aus den sozialen Positionen, die sie innerhalb eines sozialen Feldes einnehmen. Die Sozialpositionen, hier die Positionen im politischen System, beeinflussen das öffentliche Attributionsverhalten von Akteuren.⁴ Dementsprechend müsste sich das Attributionsverhalten aus den strukturellen Bedingungen, denen die Akteure unterworfen sind, vorhersagen lassen. In einem Ländervergleich können dann unterschiedliche Rahmenbedingungen verglichen werden.⁵ Veränderungen der strukturellen Bedingungen und Gegenstrategien müssten sich entsprechend in veränderten Attributionsmustern niederschlagen.

2. Schuld ist meist die EU

Für eine Untersuchung von Mustern der öffentlichen Attribution von Verantwortung eignet sich die EU-Politik besonders gut. Ein kurzes Beispiel kann das deutlich machen. Ohne Aufsehen zu erregen und ohne große Diskussion passierte im Jahr 2002 die EU-Richtlinie 1999/30/EG, mittlerweile öffentlich bekannt unter dem Namen „Feinstaubrichtlinie“, den deutschen Bundestag und Bundesrat. Im Anhang III des Gesetzwerks wird unter dem Titel „Grenzwerte für Partikel“ formuliert, was heute insbe-

Zuschauer bleibt hier ausgeklammert. Zumindest kurzfristige Effekte konnten in einigen Studien experimentell gezeigt werden (z. B. Brosius/Eps 1995; Stiehler/Marr 1995), zu langfristigen Effekten fehlen derzeit aber noch Ergebnisse. Vgl. den Überblick zur Forschung bei Chong und Druckman (2007).

4 Dabei bleibt aus soziologischer Sicht unerheblich, ob die Akteure an ihre öffentlich gemachten Verantwortungszuschreibungen selbst glauben. Dies wäre wiederum eine psychologische Frage, die wir hier nicht behandeln.

5 Die unten berichtete empirische Studie ist in der Tat als Ländervergleich zwischen Deutschland und Großbritannien angelegt. Aufgrund der geringen Länderunterschiede in den Ergebnissen wird dieser Vergleich in der Ergebnisdarstellung aber nicht weiter verfolgt.

sondere Großstädte wie München, Berlin, Köln und Hamburg massiv unter Druck setzt: Der Grenzwert von 50 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft darf nicht öfter als 35mal im Jahr überschritten werden. Diese Regelung ruft seit ihrem Inkrafttreten die verschiedensten Akteure auf den Plan. „Nachdem München als erste deutsche Stadt gegen die neue EU-Feinstaubrichtlinie verstoßen hat, flammt eine Debatte über die schnellere Einführung von Diesel-Rußfiltern, Fahrverbote in Innenstädten und neue Strafsteuern auf. Die Deutsche Umwelthilfe will noch heute Klage gegen München und Oberbayern einreichen“, berichtet Der Spiegel am 29. März 2005. Kommunalpolitiker, die qua Gesetz innerhalb ihrer Städte und Kommunen für die Einhaltung der Richtlinie verantwortlich sind, setzen ihre Sicht dagegen. „Diese einfache Schuldzuweisung will wiederum der Städte- und Gemeindebund nicht akzeptieren. ‚Wir saßen bei der Gesetzgebung nicht mit am Tisch.‘ Darum könne man jetzt nicht die gesamte Verantwortung auf die unterste Ebene abwälzen“, zitiert Die Welt (21. März 2005). Interessenvertreter der Wirtschaft wehren sich ebenfalls: „Der Sprecher des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE), Hubertus Pellengahr, bezeichnete die Feinstaubrichtlinie als ‚Konsumhemmnis ersten Ranges‘. Ihr Aussetzen dürfe deshalb kein Tabu sein. Die Brüsseler Festlegung sei nicht das Evangelium“ (ebd.). Regierungsmitglieder, die gegenüber der Europäischen Union die Umsetzungsforderungen verantworten, stellen sich stur: „Am Ende des Verfahrens drohen Deutschland Millionenbußen. Die werden zwar bei der Bundesregierung eingeklagt. Doch Finanzminister Hans Eichel wird die Forderungen bei den Bundesländern und Kommunen eintreiben“ (ebd.). Und schließlich beteiligten sich auch Vertreter der Europäischen Kommission, die die Umsetzung der Richtlinie überwachen, an der öffentlichen Debatte: „EU-Kommissar Günter Verheugen verlangt, dass die europäische Feinstaub-Richtlinie auch in Deutschland umgesetzt wird. Forderungen der deutschen Wirtschaft nach einer laxeren Handhabung wies er als ‚Unsinn‘ zurück“ (Spiegel, 31.03.2005).

Die Diskussion über die Feinstaubregelung der EU-Richtlinie 1999/30/EG scheint uns ein prototypisches Beispiel für den Verlauf einer öffentlichen Debatte über europäische Gesetzgebungsverfahren zu sein. In diesen Auseinandersetzungen geht es nicht nur um das jeweilige Sachthema, sondern auch um die Definition von Verantwortung für gesetzliche Regelungen und deren Folgen. Die beteiligten Akteure weisen sich wechselseitig die Verantwortung für die aus den Entscheidungen resultierenden Problemlagen zu. In diesem Prozess der öffentlichen Attribution von Schuld und des Definierens von Schuldigen schneidet die EU häufig schlecht ab. Symptomatisch kommt dies im Spiegel-Titel vom 6. Juni 2005 zum Ausdruck: „Die Macht vom anderen Stern: Brüssels undemokratische Regulierungswut“. Die Institutionen der Europäischen Union, vor allem aber die Europäische Kommission, die in der Regel mit der Abkürzung „Brüssel“ bezeichnet wird, zeichnen sich in der öffentlichen Wahrnehmung durch ein schlechtes Image⁶ aus. Sie gelten als überbürokratisiert und demokratisch unterkontrolliert. Man sagt ihnen nach, dass sie mit ihrem Regelungseifer die Freiheiten der Nationalstaaten und deren Bürger einschränken und die Gesellschaften überregulieren. An vielen Missständen ist „Brüssel schuld“, die EU wird so zum Sündenbock für Fehler und Versäumnisse.

⁶ Vgl. dazu auch die Studien von Gramberger/Lehmann 1995, Norris (2000) und Peter (2002), die eine überwiegend negative öffentliche Darstellung der EU aufzeigen.

Wenn ein Akteur in der öffentlichen Aushandlung von Verantwortung und Zuständigkeiten auffällig oft schlecht abschneidet, lohnt sich die Suche nach strukturellen Ursachen. Wir haben mit Hilfe einer systematischen Inhaltsanalyse von Tageszeitungen im deutsch-englischen Vergleich und im Zeitvergleich (1994-2003) untersucht, ob und in welchem Ausmaß der EU in der öffentlichen Darstellung Schuld und Misserfolg für Fehlentwicklungen attribuiert wird und wie man eine mögliche systematische Benachteiligung der EU in der Auseinandersetzung um Schuldzuschreibungen erklären kann.

Im Folgenden werden wir für die Akteure im Mehrebenensystem der EU-Politik Hypothesen über ihr Attributionsverhalten entwickeln. Ziel ist es, für diesen Fall exemplarisch deutlich zu machen, wie nach der strukturellen Position der Akteure das öffentliche Attributionsverhalten aussehen müsste. Im Folgenden werden dann die zur empirischen Überprüfung genutzten Daten vorgestellt (3.) und die Ergebnisse präsentiert (4.).

2.1 Ausgangshypothese

Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass Akteure in ihrer öffentlichen Darstellung sich selbst eher die Erfolge ihres Handelns, anderen Akteuren die Misserfolge attribuieren. Für politische Akteure ergibt sich ein solches Attributionsmuster aus ihren strategischen Interessen im politischen Geschäft. Um potenzielle Wähler und Anhänger zu überzeugen, müssen sich politische Akteure als erfolgreiche Problemlöser darstellen, während Misserfolge und ungelöste Probleme tunlichst anderen anzulasten sind. Als Handlungsstrategie in der Politik ist dieses Vorgehen als „Blame Avoidance“ (Weaver 1986; Daugbjerg/Swinbank 2007), „Blame Shifting“ (Hood/Rothstein 2001; Hood 2002) und „Credit Claiming“ (Glazer/Segendorff 2005) bekannt. Die Tendenz, sich selbst in der öffentlichen Kommunikation vorteilhaft darzustellen, gilt nach unseren Vermutungen für alle Akteure und ist demnach zunächst nicht spezifisch für die Berichterstattung im Kontext der EU. Unsere Ausgangshypothese H1, von der wir dann im Weiteren ausgehen, lautet entsprechend: *Für alle Akteure gilt, dass sie sich selbst mehr Erfolge als Misserfolge, anderen Akteuren mehr Misserfolge als Erfolge zuschreiben.*

2.2 Attributionsmuster im Mehrebenensystem

Für die Möglichkeiten der Attribution von politischer Verantwortung ergibt sich im Mehrebenensystem der EU (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 1996) ein besonderer Spielraum. Sobald mehrere Akteure und politische Ebenen in eine Entscheidung involviert sind, wird für den Zuschauer schwerer erkennbar, wer bestimmte Maßnahmen und Entscheidungen zu verantworten hat; entsprechend wachsen die Möglichkeiten einer interessengeleiteten Deutung von politischer Verantwortung für Erfolg oder Misserfolg. Deshalb ist die EU-Politik für die Frage nach öffentlichen Verantwortungsattributionen ein besonders interessanter Fall.

Für die beteiligten Akteure auf nationaler und europäischer Ebene lassen sich nun jeweils spezifische Motivationen in Hinblick auf die zu erwartenden Attributionen ableiten. Wir möchten für drei zentrale politische Akteure (nationale Regierung, nationa-

le Opposition, Europäische Kommission), ausgehend von ihrer jeweiligen strukturellen Position, Hypothesen über ihr Attributionsverhalten formulieren. Zusätzlich betrachten wir die EU insgesamt und den Europäischen Rat. Dabei unterscheiden wir Attributionssender und Attributionsadressaten. Die Sender sind Akteure, die als Sprecher eine Verantwortungszuweisung öffentlich äußern. Den Adressaten wird die Verantwortung zugeschrieben.⁷

Die EU als solche kann als Sender von Verantwortungszuweisungen kaum auftreten, weil jeweils nur konkrete Institutionen mit ihren Vertretern in der Presse aktiv werden.⁸ Als Adressat kommt sie dagegen durchaus in Betracht. So können Sprecher in den Medien nicht nur gezielt bestimmte Institutionen verantwortlich machen, sondern auch in einer pauschaleren Weise davon sprechen, dass „die EU“ schuld sei. Der Europäische Rat, die Vertretung der nationalen Regierungen, ist nicht nur ein besonders mächtiger Akteur in der EU, sondern für die Attributionsfrage durch die enge Verschränkung von nationaler und europäischer Ebene auch besonders interessant, was wir weiter unten noch genauer erläutern werden. Entsprechend werden wir für die drei Sender nationale Regierung, nationale Opposition und Europäische Kommission überlegen, wie sie jeweils einander sowie der EU insgesamt, dem Europäischen Rat und den anderen nationalen Regierungen Schuld und Erfolge zuschreiben werden.

Maßgeblich für die hier entwickelten Hypothesen zu den erwartbaren Attributionsmustern sind zwei Annahmen, die mit der öffentlichen Rolle bzw. politischen Positionen verbunden sind: 1. Akteure sind in unterschiedlichem Maße von Wählern und damit vom Medienpublikum abhängig.⁹ Je stärker Akteure von der Wählergunst abhängig sind und je mehr sie um die Gunst der Wähler mit anderen Akteuren konkurrieren, desto höher ist ihre Neigung, sich a. Erfolge selbst zuzuschreiben und b. dem Konkurrenten um Wählerstimmen die Verantwortung für Misserfolge zuzuschreiben. 2. Überlagert wird dieser Mechanismus durch die Handlungsmächtigkeit eines Akteurs, die sich aus seiner Sozialposition ergibt. Der verantwortlich gemachte Akteur muss grundsätzlich – d. h. qua politischer Position – in der Lage sein, die öffentlich definierte Problemlage beheben zu können. Akteure, die auf ein diskutiertes Problem aufgrund ihrer Position keinen oder nur geringen Einfluss haben, kommen als Adressat von Verantwortungsattributionen nur begrenzt in Frage. Der Adressat von Verantwortungsattributionen muss also handlungsmächtig sein, damit eine Attribution überhaupt eine Folge haben kann. Eine Regierung kann z. B. einen zivilgesellschaftlichen Akteur nicht dafür verantwortlich machen, dass dieser ein bestimmtes Gesetz nicht erlassen hat, weil zivilgesellschaftliche Akteure im politischen System nicht in der Lage sind, Gesetze zu erlassen.

7 Wie wir bei der Ausgangshypothese gesehen hatten, können Attributionssender und -adressat auch identisch sein. Es handelt sich dann um eine Selbstzuschreibung.

8 In insgesamt nur 36 Fällen (0,57 Prozent der Attributionsaussagen) wurde die EU pauschal auch als Sender vercodet. Dies kommt dann zustande, wenn die Presseberichterstattung nicht ausreichend genau ist und keinen exakten Akteur erkennen lässt.

9 Manche Politikwissenschaftler gehen davon aus, dass die Besetzung politischer Ämter die dominante Handlungsmotivation von Politikern ist (Schumpeter 1950; Downs 1957/1968; Popkin 1991). Dieses Ziel können Politiker in Demokratien nur erreichen, wenn Sie sich an dem Wählerwillen orientieren.

Aus diesen allgemeinen Annahmen zur Struktur von Attributionsmustern lassen sich nun konkrete Hypothesen darüber ableiten, mit welcher Wahrscheinlichkeit die nationale Regierung, die nationale Opposition und die Europäische Kommission jeweils einander sowie den Europäischen Rat, die übrigen nationalen Regierungen und die EU insgesamt attribuieren werden.

a) Die nationale Regierung als Attributionssender: Auf nationaler Ebene ist das politische System geprägt durch die Konkurrenz von Regierung und Opposition um Wählerstimmen. Die Parteien müssen versuchen, die Wähler von den eigenen Qualitäten und den Fehlern und Schwächen des politischen Gegners zu überzeugen. Entsprechend haben die nationalen Regierungen ein starkes Interesse, sich in der massenmedialen Öffentlichkeit günstig zu präsentieren. Ihr Interesse an dem oben postulierten allgemeinen Mechanismus, Erfolge sich selbst und Misserfolge anderen, insbesondere der Opposition, zuzuschreiben, ist daher besonders stark ausgeprägt. *Die nationale Regierung hat ein starkes Interesse daran, sich selbst Erfolge und der Opposition Misserfolge zuzuschreiben.*

Bei der Zuschreibung von Verantwortung auf die Opposition stellt sich nun aber für die Regierungspartei das Problem der Handlungsmächtigkeit. Während die Oppositionspartei für eine Vielzahl von Problemen und unzureichende Problembearbeitungen die Regierung verantwortlich machen kann, ist die Verantwortungsattribution in die andere Richtung weit weniger plausibel. Da in erster Linie die Regierung bzw. die Regierungsparteien über die Macht verfügen, allgemein verbindliche Regeln zu erlassen, sind sie auch der relevante Adressat für Verantwortungszuschreibungen. Die Oppositionsparteien verfügen dagegen gerade nicht über diese Macht. Es sind in erster Linie die Exekutiven, die als universelle Problemlöser in Frage kommen und denen daher auch Versäumnisse vorgeworfen werden können. Für die nationalen Regierungen gibt es also auf nationaler Ebene keinen nahe liegenden Akteur, dem Misserfolge und Versäumnisse zugeschrieben werden können.

An dieser Stelle kommt die EU ins Spiel. In Politikbereichen, in denen die europäische Ebene involviert ist, gibt es andere handlungsmächtige Akteure, die ebenfalls als Verantwortliche in Frage kommen. So kann EU-Institutionen die Schuld an missliebigen politischen Entscheidungen zugeschrieben werden. Es lässt sich also erwarten, dass die nationale Regierung in Politikbereichen mit EU-Bezug vor allem Akteuren der europäischen Ebene Schuld zuschreibt.

Die Institutionen auf europäischer Ebene müssen allerdings differenzierter betrachtet werden. Im Mehrebenensystem der Europäischen Union sind die nationalen Regierungen im Europäischen Rat und fachbezogen in den jeweiligen Ministerräten vertreten.¹⁰ In zahlreichen Politikbereichen kann der Rat nur einstimmig beschließen, in anderen ist zumindest eine mehrheitliche Zustimmung erforderlich. Entsprechend gehen die Entscheidungen des Europäischen Rates und der Ministerräte jeweils auf das Abstimmungsverhalten der nationalen Regierungen zurück; oftmals haben die nationalen Regierungen sogar eine Veto-Position. Beurteilen also Akteure der nationalen Regierungen den Europäischen Rat, so beurteilen sie auch ihr eigenes Verhalten. *Wenn nationale*

¹⁰ In den Verträgen zur Europäischen Union ist nur vom Europäischen Rat die Rede. Im Sprachgebrauch wird diese Bezeichnung allerdings nur für Treffen der Regierungschefs und der Außenminister benutzt, während bei Treffen von Fachministern vom Ministerrat die Rede ist (Hayes-Renshaw/Wallace 1996).

Regierungen den Rat und die Ministerräte attribuieren, dann handelt es sich also um eine Form von Selbstattribution, die entsprechend positiv ausfallen wird, so unsere Annahme.

Anders verhält es sich mit der Attribution von Verantwortung an andere Mitglieder des Europäischen Rates, an andere nationale Regierungen von Mitgliedsländern der EU also. Es ist zwar unüblich, im Europäischen Rat nationale Regierungen zu überstimmen, wenn es sich irgendwie vermeiden lässt (Hayes-Renshaw/Wallace 1997: 56). Dennoch ist es in der öffentlichen Darstellung für die nationalen Regierungen gut möglich, sich als unterlegen in der innereuropäischen Auseinandersetzung darzustellen und so die Verantwortung an andere nationale Regierungen abzuschieben. *Die Schuldattributionsen von der nationalen Regierung an andere nationale Regierungen müssten also deutlich zahlreicher sein als Erfolgsattributionsen an diese Adresse.*

Die Europäische Kommission wird zwar von den nationalen Regierungen benannt, arbeitet dann aber autonom und formal unabhängig von den nationalen Regierungen. Die Kommission vertritt nach dem Kollegialitätsprinzip ihre Positionen grundsätzlich kollektiv, ohne dass einzelne Kommissare als allein Verantwortliche in Erscheinung treten sollen. Damit werden auch die Loyalitäten der nationalen Regierungen zu den von ihnen vorgeschlagenen Kommissaren zumindest eingeschränkt. Gleichzeitig ist die Kommission ein ausgesprochen mächtiger Akteur in der Europäischen Union. Entsprechend eignet sich die Kommission wie keine zweite EU-Institution für die nationalen Regierungen, um ihr Verantwortung für Missstände und Misserfolge zuzuschreiben. *Wir vermuten, dass die EU-Kommission von der nationalen Regierung überwiegend negativ attribuiert wird.* Die Kommission und die ausländischen nationalen Regierungen würden dann also in klassischer Weise als Sündenböcke dienen, vermutlich auch dann, wenn es auf Kosten der Legitimität der EU insgesamt geht.

Mit welchem Muster der Attribution ist zu rechnen, wenn die EU insgesamt und pauschal ohne Nennung von konkreten Institutionen angesprochen wird? Zunächst gilt, dass die nationalen Regierungen in der EU insgesamt sehr einflussreich sind. Der Rat ist das stärkste Gremium im Institutionengeflecht der EU. Je nach Abstimmungsverfahren hat der Rat die Möglichkeit, die anderen Entscheidungsorgane der EU, die Kommission und das Europaparlament, zu überstimmen, während gegen den Rat und die dort versammelten nationalen Regierungen keine Rechtssetzung möglich ist.¹¹ Die nationalen Regierungen sind dementsprechend ein wesentlicher Teil der EU. *Nach dem Muster der positiven Selbstattribution werden die nationalen Regierungen entsprechend auch die Europäische Union in ihrer Gesamtheit überwiegend positiv attribuieren.*

b) Die nationale Opposition als Attributionssender: Die nationale Opposition steht in Konkurrenz zu den nationalen Regierungsparteien und muss sich vor dem nationalen Publikum profilieren. Um Wähler zu gewinnen und insbesondere Sympathisanten der Regierungsparteien umzustimmen, wird die Opposition ein starkes Interesse daran haben, sich selbst Erfolge zuzuschreiben und die Regierung für Misserfolge verantwortlich zu machen. Die Regierung ist qua Sozialposition auch der Akteur, den man plausibel attribuieren kann: *Die nationale Opposition hat ein starkes Interesse daran, sich selbst Erfolge und der Regierung Misserfolge zuzuschreiben.* Für die Opposition ergibt sich keine Notwendigkeit, Attributionen auf die europäische Ebene zu verlagern. *Entsprechend er-*

¹¹ Zu den Entscheidungsverfahren in der EU vgl. für andere Peterson/Bomberg (1999).

geben sich auch keine Annahmen über die Struktur von Attributionen von der nationalen Opposition an die Adresse der EU-Institutionen.

c) *Die Europäische Kommission als Attributionssender:* Die Europäische Kommission agiert wiederum unter etwas anderen Strukturbedingungen. Auch sie wird zunächst ein Interesse an positiver Selbstattribution haben, wie in Hypothese 1 formuliert. Allerdings ist die Europäische Kommission im Gegensatz zu den nationalen Akteuren nicht an Wahlen und damit an die unmittelbare Zustimmung des Publikums gebunden. Den Kommissaren reicht die Rückendeckung der jeweiligen nationalen Regierung, von der sie vorgeschlagen wurden. Im Vergleich zu nationalen Regierungen und Oppositionsparteien ist ihr Motiv an positiver Selbstdarstellung daher geringer. *Die Annahme der positiven Selbstattribution, also einer Selbstzuschreibung von Erfolgen bei gleichzeitiger Attribution von Misserfolgen an andere, wird in abgeschwächtem Maße auch für die Europäische Kommission gelten.*

Die Europäische Kommission steht mit den nationalen Regierungen nicht in Konkurrenz um Wählerstimmen. Allerdings ist in die Struktur des Mehrebenensystems ein Konflikt zwischen nationalen Regierungen und der Kommission bezüglich der Durchsetzung der auf EU-Ebenen beschlossenen Richtlinien eingebaut. Der Europäischen Kommission fehlen die Möglichkeiten der Exekution von Entscheidungen, sie ist hier auf die Exekutive und die Administration der Nationalstaaten angewiesen. Damit ist ein Konflikt zwischen Europäischer Kommission und nationalen Regierungen strukturell angelegt (vgl. u. a. Börzel et al. 2003; Treib 2003). Wir gehen davon aus, dass sich dieser strukturelle Konflikt auch in den Misserfolgsattributionen der Europäischen Kommission an die nationalen Regierungen niederschlägt. *Von der Europäischen Kommission werden mehr Misserfolgs- als Erfolgsattributionen an die nationalen Regierungen gerichtet werden,* allerdings nicht in derselben Intensität wie von der nationalen Opposition an die Adresse der nationalen Regierungen. Die nationalen Oppositionsparteien dürften dagegen aus Sicht der Europäischen Kommission kaum relevante Adressaten von Attributionsaussagen sein; das zu erwartende Attributionsmuster in Hinblick auf sie ist damit unklar. Der Europäische Rat ist zwar ein zentraler Akteur in der EU, doch gibt es keine systematischen Gründe für die Kommission, den Rat überwiegend positiv oder überwiegend negativ zu adressieren. Auch in diesem Fall ist das zu erwartende Attributionsmuster unklar.

Schließlich bleibt das Verhältnis der EU-Kommission zur Europäischen Union insgesamt zu klären. Die Kommission ist der wichtigste supranationale Akteur der europäischen Institutionen. Während die Mitglieder im Europäischen Rat, die nationalen Regierungen, und die direkt gewählten Abgeordneten im Europaparlament jeweils an eine nationale Klientel gebunden sind, gilt dies für die Europäische Kommission nicht. Die Kommission war von Beginn an als diejenige europäische Institution konfiguriert, die die Interessen der EU insgesamt vertritt (Wallace 1996). Wir gehen davon aus, dass sich diese Rolle auch im Attributionsverhalten der Kommission widerspiegelt. *Die Kommission wird ganz überwiegend positiv attribuieren, wenn es um die EU insgesamt geht.*

In *Tabelle 1* sind unsere Annahmen über die zu erwartenden Attributionen der zentralen politischen Akteure zur Hypothese 2 bezüglich des allgemeinen Attributionsmusters zusammengefasst.

Tabelle 1: Attributionsmuster zwischen den zentralen Akteuren (Hypothese 2)

Sender	Adressaten					
	nationale Regierung	nationale Opposition	Europäische Kommission	EU pauschal	Europäischer Rat	andere nationale Regierungen
nationale Regierung	++	--	--	+	++	--
nationale Opposition	--	++	/	/	--	/
Europäische Kommission	-	/	+	+	/	-

++ positive Attributionen überwiegen stark (deutlich mehr Erfolg-zuschreibungen als Misserfolg-zuschreibungen),

+ positive Attribution überwiegen leicht,

- negative Attributionen überwiegen leicht,

-- negative Attributionen überwiegen stark.

2.3 Veränderungen im Zeitverlauf

Auch wenn das Hauptaugenmerk unserer Analyse auf die Strukturbedingungen von Attributionsmustern gerichtet ist, möchten wir bezüglich einer der Fragestellungen die Veränderungen im Zeitverlauf untersuchen. Es gibt in den Sozialwissenschaften eine breite Debatte über das so genannte Öffentlichkeitsdefizit der EU. Die Nationalstaaten haben einen Teil ihrer Souveränitätsrechte abgegeben und auf die EU übertragen. Ein Öffentlichkeitsdefizit der EU besteht nun dann, wenn zwar immer häufiger politische Entscheidungen auf der Ebene der EU getroffen werden, die Berichterstattung der Öffentlichkeit aber nationalstaatlich verhaftet bleibt und nicht oder nur im geringen Maße von den europäischen Entscheidungen und Diskussionen berichtet wird; die Folge wäre, dass die Bürger nicht oder nicht ausreichend über die Entscheidungen und Diskussionen informiert werden, die sie aber unmittelbar betreffen, eine unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten nicht sonderlich befriedigende Situation (Gerhards 1993, 2000). Ob es ein europäisches Öffentlichkeitsdefizit gibt und ob sich dieses nicht abgebaut hat, ist in der Debatte überaus umstritten.¹² Die Ursachen für die angenommene Öffentlichkeitsschwäche der EU sind vielfältig; die strukturell angelegte Kommunikationsschwäche der Kommission einerseits und die besondere Rolle der Journalisten in Brüssel andererseits sind zwei Faktoren, die in der Literatur diskutiert werden.

¹² Wir wollen hier auf die verschiedenen Positionen und empirischen Befunde nicht im Einzelnen eingehen. Zur Debatte über das Öffentlichkeitsdefizit der EU vgl. die Beiträge von Eder/Kantner (2000), Eder/Trenz (2001), Gerhards (1993, 2000), Kantner (2004), Koopmans/Erbe (2004), Koopmans/Pfetsch (2006), Meyer (2005), Neidhardt (2006), Neidhardt et al. (2000), Pfetsch (2004), Pfetsch et al. (2008), Offerhaus (2002), Peter/de Vreese (2004), Risse (2002), Trenz (2005, 2005a), van de Steeg (2005, 2006), Wimmel (2004, 2005) sowie die Metaanalyse von Machill et al. (2006).

Jüngere Studien gehen nun davon aus, dass sich das Öffentlichkeitsdefizit der EU verändert und verbessert hat (vgl. Trenz 2005). Sie verweisen zum einen auf Veränderungen hinsichtlich der Öffentlichkeitsorientierung der EU-Kommission. Seit Mitte der 1990er Jahre, und damit besonders als Reaktion auf die Abstimmungsniederlagen zum Maastricht-Vertrag und den schwankenden Zustimmungswerten zur EU in verschiedenen Mitgliedsstaaten, haben Versuche begonnen, die Öffentlichkeitsarbeit zu reformieren und auszubauen (Hoesch 2003; Gramberger 1997; Sievert 1998). Andere Autoren haben anhand von Fallstudien versucht zu zeigen, dass sich die Rolle der EU-Journalisten verändert hat (vgl. Trenz 2005: 193 f). Meyer (2002) berichtet von journalistischen Kooperationen im Zusammenhang mit dem Skandal um die Europäische Kommission 1999. Olivier Baisnée (2002) zeigt für britische und französische Journalisten die Entstehung einer neuen Journalistengeneration in Brüssel, die stärker investigativ arbeitet.

Aus diesen Ergebnissen folgen für unsere Untersuchung zwei Hypothesen, die wir überprüfen können. 1. Die Kommission wird im Zeitverlauf als deutender Akteur in den nationalen Öffentlichkeiten aktiver geworden sein. Sie wird zunehmend häufiger als Sender von Attributionen auftreten. 2. Die Kommission wird im Zeitverlauf häufiger in der Lage sein, sich günstig darzustellen, also Erfolg sich selbst bzw. der EU insgesamt zuzuschreiben.

Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Kommission kann sich aber nicht nur in einer stärkeren Sprecherpräsenz der Kommission in den Medien manifestieren, sondern auch in einer Zunahme von Aktivitäten, mit denen die Kommission versucht, die Journalisten zu beeinflussen, die über die EU und die Kommission berichten. Zusätzlich könnte die aktivere Arbeit der Journalisten zu einer Veränderung der Darstellung der Kommission geführt haben (Esser et al. 2001; Tenscher 2000). Je stärker die Journalisten Interpretationen der nationalen Regierungen hinterfragen und eigene Interpretationen von Verantwortlichkeit entgegenstellen, desto schwächer wird der Einfluss des Attributionsmusters der nationalen Regierung werden. Die Interpretationen der Journalisten würden damit den Sündenbock-Mechanismus zu Ungunsten der EU abmildern oder verhindern.

Ob sich die ressourcenmäßige Aufrüstung der Kommission für eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit und die allein an Fallanalysen beschriebene Veränderung der journalistischen Arbeit in einem veränderten Bild der Kommission in den Medien empirisch niedergeschlagen hat, können wir mit unserem Untersuchungszeitraum von 1994 bis 2003 überprüfen. Unsere Annahmen lauten:

H3a: Im Zeitverlauf von 1994 bis 2003 nimmt die Häufigkeit, mit der die EU-Kommission als Sender in den Medien vorkommt, zu.

H3b: Im Zeitverlauf von 1994 bis 2003 wird das Ausmaß der Schuld attribution für Misserfolg an die EU-Organe schwächer, da sich a) die Öffentlichkeitsarbeit der Institutionen der EU intensiviert hat und b) die europäisch arbeitenden Journalisten als Gegeninterpretieren zu den nationalen Regierungen an Bedeutung gewonnen haben.

3. Auswahlverfahren und Methode

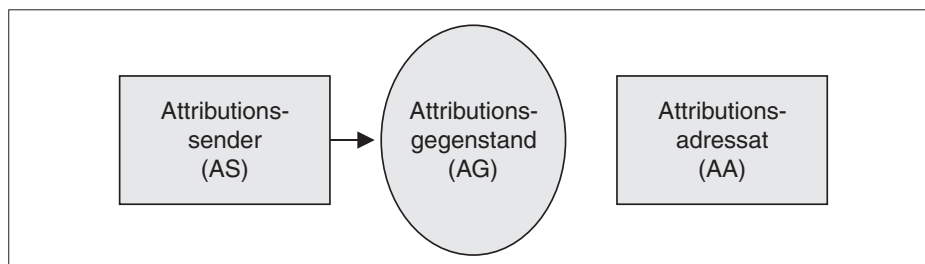
3.1 Die Erhebung von Attributionsaussagen

Zur quantitativen Erfassung der Zuschreibungsprozesse haben wir ein neues inhaltsanalytisches Verfahren entwickelt, das auch unabhängig von dem Thema „Europaberichtserstattung“ verwendbar ist (zum Folgenden vgl. die ausführliche Darstellung in Gerhards et al. 2007). Die Entwicklung des inhaltsanalytischen Instrumentariums zur Erfassung von Attributionsaussagen knüpft dabei an neuere Entwicklungen der sogenannten „Frame-Analyse“ an.¹³

Im Mittelpunkt der inhaltsanalytischen Codierung steht die Identifikation einer bestimmten Konstellation von Akteuren auf der Aussagenebene der einzelnen Zeitungsartikel: Ein Akteur A (Attributionsender) weist mit seiner Aussage einem weiteren Akteur B (Attributionsadressat) in Bezug auf einen bestimmten Gegenstandsbereich (Attributionsgegenstand) Verantwortung zu (bewertete Beziehungsrelation). Die Attribution von Verantwortlichkeit lässt sich demnach übersetzen in die Frage: „Wer wird von wem für was verantwortlich gemacht?“

Als Attributionssender können zum einen Journalisten selbst auftreten, insofern sie sich mit eigenen Attributionsaussagen zum Thema zu Wort melden, zum anderen extramediale Akteure, denen die Journalisten als *gatekeeper* des Mediensystems die Gelegenheit geben, sich öffentlich zu äußern, indem sie sie zitieren. 85 Prozent der von uns erhobenen Attributionsaussagen gehen auf die von Journalisten zitierten extramedialen Akteure zurück (vgl. *Tabelle 3*); der Medieneinfluss beschränkt sich in diesen Fällen allein auf die Frage, wen die Journalisten zitieren. Dass das Zitierverhalten der Journalisten z. B. nach der ideologischen Orientierung der jeweiligen Zeitung strukturiert wird, können wir mit Hilfe unserer Daten nachweisen, bleibt hier aber unberücksichtigt. Die folgende Abbildung fasst die Attributionstrias zusammen.

Abbildung 1: Die Attributionstrias



13 Der Begriff des „frame“ (Rahmen) ist von David Snow et al. (1986: 464) in Erweiterung einer Begriffsdefinition von Erving Goffman in die eher qualitativ arbeitende Forschung zu sozialen Bewegungen eingeführt worden; in diesem Kontext wird auch das Thema der Attribution von Verantwortung diskutiert und empirisch bearbeitet (vgl. z. B. Gerhards/Rucht 1992). Auch in der systematischen Inhaltsanalyse von Artikeln der Massenmedien hat die Frame-Analyse eine Konjunktur erfahren (vgl. z. B. Ferree et al. 2002; Weißler 1999; Scheufele/Brosius 1999; Entman 2004; Eilders/Lüter 2000; Scheufele 2005; Reese et al. 2001; Reese 2007), ohne dass allerdings Attributionsaussagen besonders erhoben worden wären.

Die Trias bildet als solche aber noch keine Aussage. Zur Attributionsaussage verbinden sich diese Elemente erst dann, wenn aus Akteur A ein Sender, also ein Sprecher wird, der mit seiner Aussage in eine bewertete Beziehungsrelation zum Adressaten tritt. Charakteristisch für Attributionsaussagen ist demnach die Verbindung der drei Elemente mit einer Attributionsrichtung und einer Bewertung. Diese wertende Aussage kann sich sowohl auf einen Sachverhalt, auf dessen Verursacher und auf Verantwortliche zur Lösung des Problems beziehen. Wie wir diese Beziehungsrelationen ausdifferenziert haben, wird im Folgenden genauer dargestellt.

1. Kausalattribution versus Zuständigkeitsattribution. Im Anschluss an Iyengar (1991) unterscheiden wir zwei unterschiedliche Typen von Attributionsaussagen. Wir sprechen von einer Kausalattribution, wenn ein Attributionssender einen Adressaten als ursächlich im Hinblick auf einen Attributionsgegenstand verantwortlich benennt und bewertet. In einer solchen Konstellation schreibt der Attributionssender dem Adressaten die Verantwortung für den betreffenden Attributionsgegenstand (beispielsweise eine politische Maßnahme) zu, weil das Handeln des Adressaten ursächlich für das Ergebnis war. So wäre die Behauptung, dass die Freizügigkeitsregel der EU-Kommission für Arbeitnehmer aufgrund der Konkurrenz zu einer gestiegenen Arbeitslosigkeit geführt habe, eine Kausalattribution. Vom entsprechenden Sprecher würde der EU-Kommission die Schuld an einer gestiegenen Arbeitslosigkeit kausal zugeschrieben werden. Hierbei handelt es sich um eine faktische Kausalattribution des Attributionssenders, der den Adressaten als Verursacher des Problems benennt. Es ist aber auch möglich, dass der Attributionssender Prognosen oder Hypothesen darüber abgibt, ob die Handlung des Adressaten zukünftig zu einem Erfolg oder Misserfolg führen wird oder führen könnte (prognostische bzw. hypothetische Kausalattribution). So prognostiziert der Einzelhandelsverband in dem anfänglichen Beispiel einen Umsatzrückgang aufgrund eines innerstädtischen Fahrverbots, bevor die Maßnahme überhaupt umgesetzt ist. Der Attributionssender spekuliert über die möglichen Folgen, wenn er einen Adressaten prognostisch im Hinblick auf einen Gegenstand ursächlich verantwortlich macht.

Ein Attributionssender kann aber auch einem Akteur die Zuständigkeit für die Lösung eines Problems zuordnen und selbigen damit zum Handeln auffordern. In solchen Fällen sprechen wir von einer Zuständigkeitsattribution. Kausal- und Zuständigkeitsattribution müssen nicht identisch sein. Wenn die CDU beispielsweise in dem oben gegebenen Beispiel fordert, dass die Bundesregierung sich bei der Europäischen Kommission für eine Veränderung der Freizügigkeitsregel einsetzen sollte, dann ist in diesem Fall die Bundesregierung der Akteur. Ihm wird die Lösungszuständigkeit des Problems, das die Kommission kausal zu verantworten hat, zugeordnet. Für die meisten gesellschaftlichen Probleme mit politischem Regelungsbedarf gibt es eindeutig zuständige Instanzen wie zum Beispiel die jeweilige politische Exekutive. In der Regel wird ihre Verantwortlichkeit und Problemlösungskompetenz nicht mehr infrage gestellt, sondern lediglich als gut oder schlecht funktionierend beurteilt. Im Zuge des europäischen Einigungsprozesses und einer „polity in the making“, wie es die Europäi-

sche Union ist (vgl. u. a. Eriksen 2005a, 2005b), spielt die Zuständigkeitsattribution eine wichtige Rolle, da Zuständigkeiten verändert oder neu definiert werden.¹⁴

2. Attribuieren versus Zurückweisen einer Attribution: Attributionssender können sich selbst und anderen Verantwortung für Ereignisse zuschreiben, sie können eine Verantwortungsattribution aber auch zurückweisen. Die Kommission kann z. B. behaupten, dass sie für den Erlass der Freizügigkeitsregel gar nicht verantwortlich ist oder die Bundesregierung kann die Lösungskompetenz für die erhöhte Arbeitslosigkeit von sich weisen. Im zweiten Fall liegt eine Zurückweisung der Zuständigkeitsattribution, im ersten Fall eine Zurückweisung der Kausalattribution vor.

3. Bewertungen innerhalb von Attributionsaussagen: Schließlich enthalten Attributionsaussagen Bewertungen, die positiv, negativ oder ambivalent ausfallen können. Handelt es sich um eine Kausalattribution, so bedeutet eine positive Bewertung des Gegenstandes oder des Adressaten, dass ein Erfolg zugeschrieben wird und eine negative Bewertung, dass ein Misserfolg oder Schuld zugeschrieben wird. Eine ambivalente Bewertung enthält sowohl positive wie auch negative Elemente, bleibt aber letztlich uneindeutig. Die Zurückweisung von bewerteten Kausalattributionen hat wiederum einen bewertenden Charakter. Die Zurückweisung einer positiv bewerteten Kausalattribution bedeutet die Negierung des Erfolgs. Der Erfolg wird also bestritten. Die Zurückweisung einer negativ bewerteten Kausalattribution bedeutet die Negierung des Misserfolgs, des Sachverhalts oder des Akteurs; es handelt sich also der Behauptung nach nicht um einen Misserfolg.

Bei einer Zuständigkeitsattribution stellt sich die Bewertung etwas anders dar. Da es bei der Zuständigkeitsattribution ohnehin um Forderungen geht, ist eine negative Bewertung an sich nicht möglich. Niemand formuliert eine Forderung, um dann kund zu tun, dass er gegen die Erfüllung der Forderung ist. Stattdessen entspricht der negative Fall der Zurückweisung einer Zuständigkeitsattribution. Es kann auch zu ambivalenten Zuständigkeitsattributionen kommen, wenn Gründe genannt werden, die für und gegen die Zuständigkeit des Adressaten sprechen.

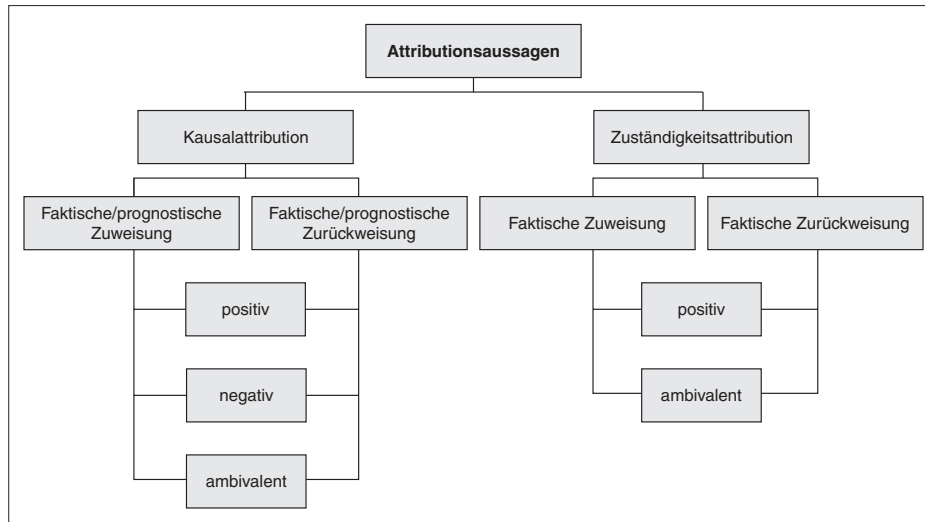
Wir finden also verschiedene Arten von Attributionsaussagen: Kausal- oder Zuständigkeitsattributionen, faktische oder prognostische Aussagen, Zuweisungen oder Zurückweisungen, die positiv, negativ oder ambivalent bewertet sein können. In einer Attributionsaussage können diese Aspekte in verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten auftreten. Um diese Komplexität einzufangen, benötigt man ein entsprechend ausdifferenziertes Kategoriensystem. Die folgende Abbildung fasst die komplexe Struktur der so auch empirisch vorkommenden Attributionsaussagen zusammen.

Mit Hilfe dieses allgemeinen Attributionsschemas, das die Attributionstypen aus Akteuren, Gegenständen und Bewertungen in Beziehung zueinander setzt, können alle Arten von Verantwortungszuschreibungen identifiziert werden. Eine Aussage wird somit zu einer codierrelevanten Attributionsaussage, wenn sich die Konstellation von Attributionssender, Attributionsadressat und Attributionsgegenstand sowie deren bewertete Beziehungsrelation exakt bestimmen lassen.¹⁵

¹⁴ Die oben formulierten Hypothesen beziehen sich allerdings ausschließlich auf Kausalattributionen. Die Analyse der Zuständigkeitsattributionen soll separat erfolgen.

¹⁵ Zu den Codier-Erfahrungen vgl. Gerhards et al. (2007).

Abbildung 2: Codierbaum der Attributionsaussagen



3.2 Stichprobe

Die zu analysierenden Artikel wurden aus der Grundgesamtheit der EU-Berichterstattung in deutschen und britischen Tageszeitungen der Qualitätspresse in einem mehrfach gestuften und geschichteten Verfahren gezogen. Die für Deutschland ausgewählten Qualitätszeitungen „Süddeutsche Zeitung“ und „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ sowie die für Großbritannien ausgewählten Zeitungen „The Times“ und „The Guardian“ decken jeweils eine konservative und eine liberale politische Ausrichtung ab. Der relevante Untersuchungszeitraum erstreckte sich über 10 Jahre von 1994 bis 2003. Eine Durchsicht aller erschienen Ausgaben in diesem Zeitraum ist offensichtlich nicht zu leisten, man muss also eine Stichprobe ziehen. Dabei gilt es, ein sparsames und gezieltes Verfahren zu entwickeln, mit dem die relativ seltene und verstreute EU-Berichterstattung identifiziert werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeiten wir zur Artikelselektion mit einer elektronischen Suche in den Volltext-CD-ROMs der jeweiligen Zeitungen. In einem ersten Zugang (Stichprobe 1) haben wir uns auf den zentralen Akteur der EU konzentriert, der sich als einziger nicht, oder nur minimal mit nationalen Akteuren überschneidet und daher gemäß der obigen Hypothesen am deutlichsten zwischen nationaler und europäischer Ebene trennt: die Europäische Kommission. Aus allen Artikeln, in denen der Akteur „Europäische Kommission“ oder eines seiner Mitglieder als „Europäischer Kommissar“ vorkommt, wurden jeweils pro Jahr und Zeitung 100 Artikel erhoben.¹⁶ Aufgrund dieses Zugangs ist erwartbar die Europäische Kom-

¹⁶ Durch die gleichmäßige Quotierung der Artikelzahl über die Jahre ist es möglich, die Entwicklung über die Zeit valide zu untersuchen. Damit werden Veränderungen in der Häufigkeit der Berichterstattung im Zeitverlauf neutralisiert. Allerdings gibt es zu der Frage der Häufigkeit von Berichterstattung über die EU bereits verschiedene Studien (vgl. Fußnote 13).

mission als Akteur überrepräsentiert, wobei natürlich nicht vorgegeben ist, ob sie als Attributions sender oder -adressat in der Berichterstattung auftritt. Da wir uns für Attributionsmuster und nicht für das Auftauchen einzelner Akteure interessieren, ist diese Verzerrung kein Problem. Um aber zu prüfen, ob durch diesen Zugang auch die Attributionsmuster verzerrt sind, haben wir einen zweiten ergänzenden Zugang gewählt (Stichprobe 2). Der Richtlinien-Zugang basiert auf den zentralen Rechtsakten der EU, den Richtlinien. Aus jeder Zeitung wurden für jedes Untersuchungsjahr zehn Artikel ausgewählt, in denen über eine europäische Richtlinie berichtet wurde.¹⁷ Da sich die Ergebnisse für die beiden Stichprobenzugänge in Bezug auf die hier untersuchten Hypothesen nicht unterscheiden, werden beide Stichproben gemeinsam analysiert. In den insgesamt 4 386 erhobenen Artikeln wurden 6 330 Attributionsaussagen gefunden, die sich weitgehend gleichmäßig über die Untersuchungsjahre verteilen.

4. Ergebnisse

Bevor wir die Ergebnisse unserer empirischen Analysen entlang der formulierten Hypothesen präsentieren, wollen wir einige allgemeine Strukturmerkmale des Verantwortungsdiskurses beschreiben.

4.1 Allgemeine Strukturmerkmale

a. Wir unterscheiden zwischen Aussagen der Kausal- und der Zuständigkeitsattribution. Nur 6,8 Prozent der Aussagen sind Aussagen der Zuständigkeitsattribution. Ganz dominant geht es in der öffentlichen Debatte also um die Festlegung von Verantwortung für die Ursachen von politischen Ereignissen und Themen. Wir unterscheiden weiterhin zwischen Attributionsaussagen, die sich auf Ereignisse in der Vergangenheit und Aussagen, die sich auf Ereignisse in der Zukunft beziehen. In der Berichterstattung rund um die EU-Politik beziehen sich 79,6 Prozent der Aussagen auf Ereignisse in der Vergangenheit. Schließlich haben wir auch noch die Bewertungsrichtung von Aussagen erhoben. Akteure können gelobt oder getadelt werden, Aussagen können aber auch Zurückweisungen von positiven oder negativen Bewertungen enthalten. *Tabelle 2* enthält zum einen alle codierten Ausprägungen der Bewertungsrichtungen, zum anderen eine Zusammenfassung der Bewertungen, in der die Negation der Negation von Bewertungsaussagen positiv klassifiziert wurde.

Wie die Tabelle ausweist, dominieren im öffentlichen Streit um die Zuordnung von Verantwortung für politisches Handeln die Negativattributionen. Kritik und die Zuordnung von Schuldzuweisungen ist das Geschäft der Öffentlichkeit und der dort auftretenden Akteure, nicht das Loben.

¹⁷ In diesem Zugang war das gesuchte Stichwort die Richtlinie. Der Zugang über Richtlinien führt zu einer Fokussierung auf eine bestimmte Art der Rechtssetzung. Wir interessieren uns aber für die Berichterstattung mit Bezug auf die EU insgesamt, also auch über bestimmte, gerade diskutierte Rechtsakte hinaus. Deshalb wird der Richtlinienzugang hier nur ergänzend genutzt, um etwaige Verzerrungen in den Attributionsmustern identifizieren zu können.

Table 2: Allgemeine Merkmale von Attributionsaussagen in der EU-Berichterstattung in deutschen und britischen Zeitungen

Attributionsaussagen						
Kausalattributionen			Zuständigkeitsattributionen			Gesamt
93,2% (5 897)			6,8% (433)			100% (6 330)
Kausalattributionen			Zuständigkeitsattributionen			Gesamt ambivalent (200) (6 130)
Faktische Attributionen	Prognostische Attributionen	Gesamt				
85,4% (5 038)	14,6% (859)	100% (5 897)				
Positive Attributionen	Negative Attributionen	Gesamt	Positive Attributionen	Negative Attributionen	Gesamt	
30,5% (1739)	69,5% (3 960)	100% (5 699)	74,7% (322)	25,3% (109)	100% (431)	
						(6 330)

b. Wir haben die kollektiven Akteure, die sich an der Debatte über europäische Themen beteiligt haben, zu Aggregatsgruppen zusammengefasst und analysiert, aus welchen gesellschaftlichen Bereichen die Sprecher kommen. Wie *Table 3* ausweist, wird die Debatte über Verantwortung zu zwei Dritteln von Sprechern geführt, die man dem politischen System zuordnen kann. An zweiter Stelle kommen die Journalisten und Wirtschaftsakteure mit jeweils knapp 15 Prozent der Aussagen zu Wort. Akteure der Zivilgesellschaft oder der Wissenschaft sind marginalisiert und spielen keine große Rolle.

Table 3: Sender und Adressaten von Kausalattributionen nach gesellschaftlichen Bereichen in der EU-Berichterstattung in deutschen und britischen Zeitungen

	Attributionssender	Attributionsadressat
Politik	64,4 %	87,6 %
Medien	14,8 %	0,3 %
Wirtschaft	14,6 %	10,5 %
Zivilgesellschaft	4,3 %	1,0 %
Wissenschaft	1,9 %	0,5 %
	N = 6 330	N = 6 330

Etwas anders sieht die Akteursstruktur im Hinblick auf die Adressaten von Attributionsaussagen aus. Der Akteur, dem in erster Linie Verantwortung (positiv oder negativ) zugeschrieben wird, ist die Politik (in 88 Prozent der Aussagen).

c. Die thematischen Bereiche, auf die sich die Attributionsaussagen beziehen, spiegeln das Themenspektrum der EU-Politik wider. Die meisten Attributionsaussagen (ca. 45

18 Auch zwischen den beiden Stichproben (vgl. 3.2) können wir keine Unterschiede in Bezug auf Attributionsgegenstände feststellen. Dies ist nicht selbstverständlich, denn wir hatten eine Themenverschiebung durch einzelne, besonders intensiv diskutierte Richtlinien erwartet. Empirisch zeigt sich eine solche Verschiebung aber nicht, was wir als Hinweis auf die Robustheit unserer Stichprobe interpretieren.

Prozent) beziehen sich in ihrem Attributionsgegenstand auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Agrarpolitik und Verbraucherschutz sind mit 14 Prozent schon deutlich seltener vertreten; weitere Themen sind die Umweltpolitik (5,9 Prozent) sowie die Außen- und Sicherheitspolitik (4,6 Prozent). Die Attributionsaussagen drehen sich allerdings nicht allein um die inhaltlichen Politikfelder, sondern auch um die EU und ihre Institutionenordnung selbst. 20 Prozent aller Attributionsaussagen haben die EU selbst zum Gegenstand, wobei die Finalität der EU und ihre Handlungsfähigkeit am intensivsten diskutiert werden. Bei den Themen der Attributionen sind die Länderunterschiede ausgesprochen gering.¹⁸

d. Der Ländervergleich zwischen Großbritannien und Deutschland ist hier nicht Gegenstand der Untersuchung. Allerdings sind sich beide Länderstichproben erstaunlich ähnlich. Die von uns vermuteten deutlichen Länderunterschiede konnten wir durchweg nicht finden. Ein Grund dafür könnte unser Selektionskriterium sein, das auf die Europäische Kommission fokussiert. Für die Kommission finden auch Pfetsch und Adam (in diesem Band) in Großbritannien ein vergleichsweise positive Berichterstattung, während insgesamt in ihren Ergebnissen die negative Sicht der britischen Presse auf Europa bestätigt wird.

Nach diesem kurzen Überblick zur Struktur von Attributionsaussagen widmen wir uns nun den oben vorgestellten Hypothesen.

4.2 Eigene Erfolge, fremde Misserfolge

Die Ausgangshypothese geht von den strategischen Interessen der Akteure aus, sich selbst in den Medien positiv darzustellen und Misserfolge anderen anzulasten. Diese Erwartung bestätigt sich. Wird von einem Sprecher das eigene Handeln in der Vergangenheit beurteilt, so fällt das Urteil in mehr als der Hälfte der Fälle positiv aus. 55,8 Prozent der Selbstattributionen in Bezug auf beobachtete Ergebnisse werden als Erfolg dargestellt. Macht ein Sprecher aber nicht sich selbst, sondern andere für das Geschehene verantwortlich, ist die Beurteilung sehr viel kritischer. Die Fremdattributionen beziehen sich zu rund 80 Prozent auf Misserfolge. In vier von fünf Fällen wird also anderen ein Misserfolg zugeschrieben, sich selbst aber nur in knapp der Hälfte der Fälle.

Nun ist die Beurteilung von bereits vorliegenden Ergebnissen nur eine der möglichen Attributionskonstellationen. Es können auch die Verantwortungszuschreibungen anderer korrigiert werden oder Voraussagen gemacht werden über zu erwartende Ergebnisse (vgl. Kapitel 3.1). Das Muster wiederholt sich bei allen Arten der Attribution. Widerspruch gegen die Zuschreibung von Misserfolgen erheben Sprecher weit überwiegend in Bezug auf sich selbst. Geht es um Prognosen, wie sich Maßnahmen in Zukunft auswirken werden, so fällt die Prognose in Bezug auf eigene Aktivitäten meist positiv aus. Geht es dagegen um die angenommene Wirkung von Aktivitäten anderer, so ist die Beurteilung wiederum ausgesprochen skeptisch. In *Tabelle 4* sind die verschiedenen Arten der Attributionen danach zusammengefasst, ob sie für den Adressaten der Attribution positiv, negativ oder ambivalent ausfallen. Eine für den Adressaten positive Attribution kann also die Zuschreibung eines Erfolges für vergangene Aktivitäten

Table 4: Positive und Negative Selbst- und Fremdattributionen in der EU-Berichterstattung in deutschen und britischen Zeitungen (in Prozent)

	Selbstattribution	Fremdattribution
positive Attributionen ^a	70,6	22,2
negative Attributionen ^b	26,6	74,4
ambivalente Attributionen	2,8	3,5
	N = 894	N = 5 002

- a) Positive Attributionen sind Zuschreibungen von positiv bewerteten vorliegenden oder prognostizierten Handlungsergebnissen sowie die Zurückweisung von negativ bewerteten vorliegenden oder prognostizierten Handlungsergebnissen.
- b) Negative Attributionen sind Zuschreibungen von negativ bewerteten vorliegenden oder prognostizierten Handlungsergebnissen sowie die Zurückweisung von positiv bewerteten vorliegenden oder prognostizierten Handlungsergebnissen.

bedeuten, die Prognose eines zukünftigen Erfolges oder auch die Zurückweisung eines vergangenen oder zukünftigen Misserfolgs.

Unsere Ausgangshypothese wird deutlich bestätigt. Schreiben sich Sprecher selbst die Verantwortung zu, so handelt es sich in 71 Prozent der Fälle um positiv bewertete Ergebnisse bzw. die Ablehnung von negativen Ergebnissen. Richtet sich dagegen die Verantwortungszuschreibung an andere, so sind sie in 74 Prozent der Fälle negativ.

Auf den ersten Blick scheint bei den Selbstzuschreibungen der Anteil von negativen Attributionen noch vergleichsweise hoch zu sein. In immerhin gut einem Fünftel der Fälle kritisieren sich die Akteure selbst, was strategisch unklug ist. Verständlich wird dies, wenn man zwei Faktoren berücksichtigt. Zum einen liegen unseren Analysen kollektive Akteure zugrunde, die aus der Aggregation mehrerer Akteure bestehen. Es handelt sich nach unserem Verständnis auch dann um eine Selbstattribution, wenn ein Ministeriumssprecher oder ein Minister nicht sich selbst, sondern die Arbeit des Ministeriums oder der Regierung insgesamt beurteilt. Das bedeutet aber, dass öffentlich getragene Meinungsverschiedenheiten innerhalb eines kollektiven Akteurs zur Kodierung von gegensätzlichen, also auch negativen Selbstattributionen führen. Die Häufigkeit von negativen Selbstattributionen ist somit auch ein Hinweis auf die Geschlossenheit, mit der ein kollektiver Akteur nach außen hin auftritt. Hinzu kommt, dass politische Akteure ihre eigenen Aktivitäten oftmals mit Versäumnissen in der Vergangenheit begründen. Damit stellen sie zwar einerseits eigene Misserfolge in der Vergangenheit öffentlich fest, legitimieren damit aber gleichzeitig ihre nun angekündigten oder durchgeführten Maßnahmen. In unseren Daten taucht diese Argumentationsfigur zweifach, als eine negative und dann als eine positive Selbstattribution auf.

4.3 Attributionen zwischen nationaler und europäischer Ebene

a. Betrachten wir zunächst das Attributionsverhalten der nationalen Regierungen. Hier waren wir zunächst davon ausgegangen, dass sie sich selbst Erfolge und der nationalen Opposition und der Europäischen Kommission Misserfolge zuschreiben. Diese Annahmen werden durch die empirischen Ergebnisse bestätigt (vgl. *Table 5*). Vier von fünf Selbstattributionen der nationalen Regierungen sind positiv; die Regierungen schreiben

Tabelle 5: Attributionen der britischen und deutschen nationalen Regierung als Attributionssender in der EU-Berichterstattung in deutschen und britischen Zeitungen (in Prozent)

Adressaten	positive Attributionen	negative Attributionen	ambivalente Attributionen	
Nationale Regierung (Selbstattribution)	81,8	16,6	2,3	N = 175
nationale Opposition	0,0	100,0	0,0	N = 6
EU-Akteure insgesamt	32,4	64,1	3,4	N = 262
darunter:				
Europäische Kommission	29,3	67,3	3,4	N = 147
Europäischer Rat und Ministerrat	45,0	40,0	15,0	N = 20
EU pauschal	35,2	64,8	0,0	N = 71
Regierungen anderer EU-Mitgliedsländer	23,2	75,0	1,8	N = 56

sich selbst überdurchschnittlich häufig Erfolge zu. Die Opposition ist in der politischen Berichterstattung mit EU-Bezug nur sehr selten Adressat von Attributionen. Die geringe Handlungsmächtigkeit der Opposition macht sie nicht zu attraktiven Adressaten bei Verantwortungszuschreibungen. Die wenigen Fälle von Attributionen der nationalen Regierungen an die Opposition, die wir in der EU-Berichterstattung finden, fallen allerdings erwartungsgemäß alle negativ aus.

Weiterhin hatten wir erwartet, dass die nationalen Regierungen die Europäische Kommission und die übrigen nationalen Regierungen im EU-Ausland vorwiegend negativ attribuieren. Auch diese Vermutung findet in den Daten eine Bestätigung. Zwei Drittel der Attributionen der nationalen Regierungen an die Europäische Kommission und sogar drei Viertel der Attributionen an die Regierungen der anderen EU-Länder sind negativ; in der Tat dienen die Europäische Kommission und die ausländischen nationalen Regierungen in der EU-Politik als Sündenböcke, denen die Schuld für Misserfolge zugeschrieben wird.

Für den Europäischen Rat und die pauschal angesprochene EU hatten wir aufgrund der engen Verflechtung mit den nationalen Regierungen überwiegend günstige Attributionen erwartet. Diese Vermutung bestätigt sich nicht. Obwohl der Europäische Rat aus nationalen Regierungen besteht und eine Bewertung des Rats auch immer eine Bewertung der eigenen Arbeit der Regierung ist, sind zwei von fünf Attributionen an diese Adresse negativ. Lediglich 45 Prozent positive Attributionen richten die nationalen Regierungen an den Ministerrat. Dieser Wert liegt weit unter dem oben festgestellten Wert für Selbstattributionen. Gleichwohl fällt die Bewertung günstiger aus als gegenüber allen anderen hier betrachteten Akteuren.

Wird die EU pauschal angesprochen, sind Schuldzuschreibungen sogar noch deutlich häufiger. 64,8 Prozent der Attributionen von den nationalen Regierungen an die EU sind negativ. Diese hohe Zahl ist deshalb so überraschend, weil die nationalen Regierungen in der EU die zentrale Rolle spielen. Gegen ihren Willen ist praktisch keine Entscheidung möglich.

Die nationalen Regierungen spielen hier offensichtlich ein doppeltes Spiel. Einerseits stellen sie sich selbst als Urheber von Erfolgen heraus, andererseits kritisieren sie in vielen Fällen die Entscheidungen des Rates und der EU insgesamt, an denen sie

selbst maßgeblich mitgewirkt haben. Sie dürften an dieser Stelle von der vergleichsweise seltenen Berichterstattung und dem damit zusammenhängend geringen Wissen über die europäischen Politikprozesse in der Bevölkerung profitieren.

Dieser sich aus der systematischen Inhaltsanalyse ergebende Befund lässt sich an einem Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit recht gut illustrieren. Die so genannte Dienstleistungsrichtlinie ermöglicht die Mobilität von Dienstleistungsunternehmen innerhalb Europas; dabei dürfen Firmen im Ausland unter den Rechtsbedingungen ihres Herkunftslandes agieren. Diese Richtlinie ist vom Europäischen Rat auch mit Unterstützung der Bundesregierung verabschiedet worden. Kritiker der Richtlinie hatten argumentiert, dass die Richtlinie zu einem Sozialdumping führen könnte. Obwohl die SPD als Regierungspartei die Richtlinie auf europäischer Ebene mit verabschiedet hatte, hat sie zugleich im nationalen Rahmen zu Protesten gegen die Richtlinie aufgerufen. Günter Verheugen hatte in DIE ZEIT (26.1.2006, S. 32) seine Genossen darauf hingewiesen, dass die SPD die Richtlinie ja im Europäischen Rat durch ein Veto hätte verhindern können, wenn sie denn gewollt hätte.

b. Die nationale Opposition kommt als Sender von Attributionen ausgesprochen selten vor, die Attributionsaussagen fallen allerdings wie erwartet aus (vgl. *Tabelle 6*). Es ist vor allem die nationale Regierung, der die Verantwortung für Misserfolge zugeschrieben wird. Erfolge kann die Opposition kaum für sich verbuchen. Zum Attributionsverhalten gegenüber der EU und ihren Institutionen hatten wir keine Annahmen formuliert.

Tabelle 6: Attributionen der britischen und deutschen nationalen Opposition als Attributionssender in der EU-Berichterstattung in deutschen und britischen Zeitungen (in Prozent)

Adressaten	positive Attributionen	negative Attributionen	ambivalente Attributionen	
nationale Opposition (Selbstattribution)	100,0	0,0	0,0	N = 1
nationale Regierung	2,9	91,2	5,9	N = 34
EU-Akteure insgesamt	13,6	81,8	4,5	N = 22

c. Die Europäische Kommission sollte unseren Hypothesen gemäß sich selbst weniger deutlich positiv attribuieren als wir dies für die nationalen Regierungen festgestellt haben. Unsere Ergebnisse (vgl. *Tabelle 7*) bestätigen diese Annahme. Wenn die Europäische Kommission sich die Verantwortung zuschreibt, so handelt es sich in gut drei Vierteln der Fälle um Erfolge. Damit überwiegen auch bei der Europäischen Kommission im Fall der Selbstattributionen die Erfolge, allerdings in geringerem Maße als bei den nationalen Regierungen, die immerhin zu mehr als 80 Prozent sich selbst Erfolge zuschreiben. Wenn es pauschal um die EU geht, ist die Attribution ähnlich positiv. 61 Prozent der Attributionen, die von der Kommission an die EU insgesamt gerichtet werden, sind Erfolge.

Die nationalen Regierungen werden dagegen von der EU-Kommission ausgesprochen kritisch beurteilt. Die hier ausgewiesenen Werte unterscheiden zwischen den nationalen Regierungen der jeweiligen Länder, in denen die Zeitungen, die wir analysiert

Tabelle 7: Attributionen der Europäischen Kommission als Attributionssender in der EU-Berichterstattung in deutschen und britischen Zeitungen (in Prozent)

Adressaten	positive Attributionen	negative Attributionen	ambivalente Attributionen	
EU-Akteure insgesamt	64,6	31,0	4,4	N = 387
darunter:				
Europäische Kommission (Selbstattribution)	68,7	26,2	5,2	N = 233
Europäischer Rat und Ministerrat	46,2	53,8	0,0	N = 13
EU pauschal	61,2	35,9	2,9	N = 103
nationale Regierung	17,8	77,6	4,6	N = 219
Regierungen anderer EU-Mitgliedsländer	15,9	82,5	1,6	N = 252

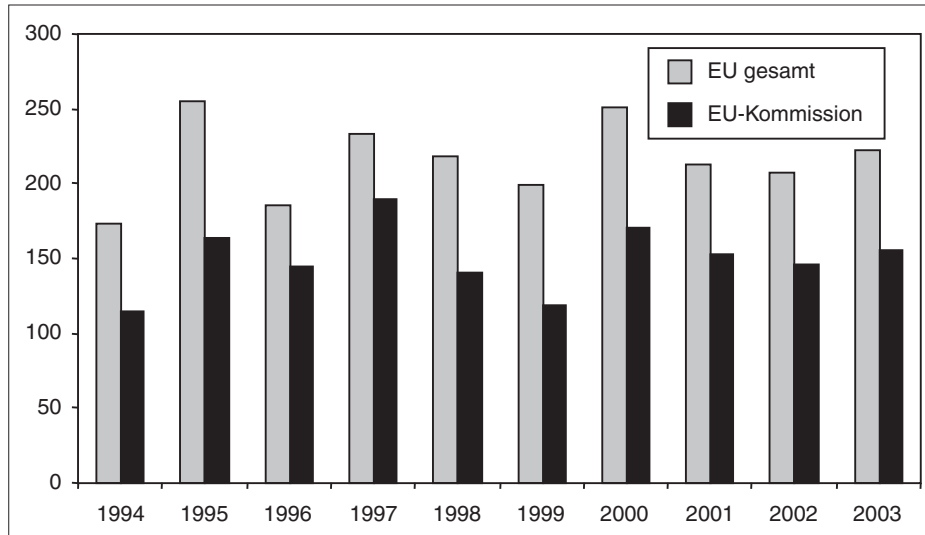
haben, erscheinen, und den Regierungen der übrigen EU-Mitgliedsländer. Der Unterschied zwischen beiden Gruppen ist nicht sehr groß. Die Negativattributionen an die Regierung des Landes, in dem die untersuchte Zeitung jeweils erscheint, machen 78 Prozent der Attributionen der Kommission an diese Adresse aus. Im Fall der ausländischen nationalen Regierungen sind es 83 Prozent. Die Kommission ist damit ausgesprochen kritisch gegenüber den nationalen Regierungen. In diesen Zahlen schlägt sich eindrücklich die konflikthafte Beziehung zwischen der Kommission und den nationalen Regierungen nieder. Ein Hinweis, dass hier tatsächlich der nationale Umgang mit der EU-Gesetzgebung eine wesentliche Rolle spielt, könnte die Tatsache sein, dass die gesetzgebende Versammlung der nationalen Regierungen im Europäischen Rat deutlich seltener das Ziel von Negativattributionen der EU-Kommission ist. Gegenüber dem Rat fallen die Attributionen der Kommission ausgewogen aus.

Unsere Hypothesen über die Strukturmuster der öffentlichen Zuschreibung von Verantwortung werden durch die Daten insgesamt recht gut unterstützt. Aus der Konkurrenz der politischen Akteure um öffentliche Zustimmung und Wählerstimmen ergibt sich nicht nur das Interesse an einer positiven Selbstdarstellung, sondern darüber hinaus auch nahe liegende Adressaten im Misserfolgsfall. Die Opposition muss versuchen, für Misserfolge die Regierung verantwortlich zu machen. Die Regierung aber kann schwerlich die nicht handlungsmächtige Opposition als verantwortlich attribuieren. Ihr bietet sich, zumindest in Politikbereichen mit EU-Beteiligung, die Möglichkeit, auf die EU und insbesondere die Europäische Kommission und das Verhalten der Regierungen in anderen EU-Mitgliedsländern zu verweisen. Unsere Daten zeigen, dass die Regierungen von dieser Möglichkeit auch reichlich Gebrauch machen.

4.4 Attributionen im Zeitvergleich

Die EU, insbesondere die EU-Kommission, hat, wie wir oben ausgeführt haben, im Laufe der 1990er Jahre ihre Öffentlichkeitsarbeit professionalisiert. Manche Autoren haben daraus geschlussfolgert, dass europäische Themen und Akteure in den Medien im Zeitverlauf an Bedeutung gewonnen und damit einen Beitrag zur Korrektur des angenommenen Öffentlichkeitsdefizits geleistet haben. Davon ausgehend hatten wir angenommen (H3a), dass die Kommission in den Massenmedien häufiger auftreten müsste.

Abbildung 3: Attributionen mit der EU als Senderin in deutschen und britischen Zeitungen



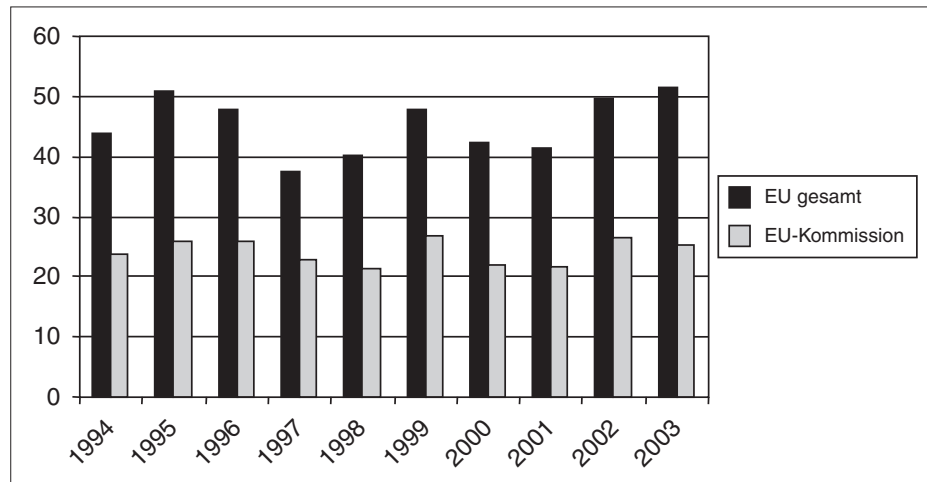
In welchem Maß es der Kommission gelingt, selbst als deutender Akteur aufzutreten und die eigenen Verantwortungszuschreibungen einzubringen, zeigt die *Abbildung 3*.

Die relative Häufigkeit, mit der die EU-Kommission oder Akteure der EU insgesamt als Sender von Attributionen auftreten, schwankt über den Zeitraum ohne klaren Trend. Weder der Kommission noch den Akteuren der EU insgesamt gelingt es im Zeitverlauf, häufiger als Akteure aufzutreten. Die veränderte Öffentlichkeitsarbeit der EU schlägt sich hier nicht sichtbar nieder.

Wir waren weiterhin davon ausgegangen, dass entweder die Politikvermittlungsexperten der Kommission im Hintergrund alternative Deutungen von Verantwortlichkeit und Schuld verbreiten können und dass zum anderen die Journalisten selbst aktiver die ihnen präsentierten Deutungen in Frage stellen und alternativen Interpretationen Gehör verschaffen. *Abbildung 4* zeigt die positiven Attributionen an die EU und speziell die EU-Kommission anteilig zu allen Attributionen im jeweiligen Jahr. Auch in diesem Fall ist ein Trend nicht zu erkennen. Die Menge der Erfolgsattributionen an die Adresse der EU ist über die Jahre nicht gestiegen.

Die von manchen Autoren vermutete Veränderung der Öffentlichkeitsschwäche der EU und ihrer Rolle bei der Attribution von Verantwortung lässt sich empirisch also nicht bestätigen. Dies kann zwei Gründe haben. Eine Möglichkeit besteht darin, dass die erst Mitte der 1990er Jahre in Angriff genommenen Veränderungen und Restrukturierungen in der Öffentlichkeitsarbeit der EU noch keine Wirkung entfalten konnten. Berichterstattungsroutinen reagieren möglicherweise langsamer auf diese institutionellen Veränderungen und die Effekte werden sich erst in einigen Jahren zeigen. Plausibler erscheint uns aber eine andere Erklärung zu sein. Die entscheidenden Strukturbedingungen einer europäischen Öffentlichkeit haben sich nicht entscheidend verändert. Die Kommission ist weiterhin strukturell unabhängig von einem öffentlichen Zu-

Abbildung 4: Positive Attributionen an die EU in der EU-Berichterstattung in deutschen und britischen Zeitungen (in Prozent aller Attributionen)*



* Die Gesamtzahl der positiven Attributionen betrug 1994: 223, 1995: 254, 1996: 169, 1997: 229, 1998: 226, 1999:193, 2000: 224, 2001: 167, 2002: 201, 2003: 175.

spruch, weil die Kommissare nicht gewählt werden. Die EU-Berichterstattung der Journalisten hat sich weiterhin nicht grundlegend verändert. Nach wie vor arbeiten die Journalisten zu einem erheblichen Teil Brüssel und bieten ihren jeweiligen Heimatredaktionen von dort aus Berichte über die EU-Politik an. Diese Berichte werden allerdings keineswegs immer übernommen. Die Heimatredaktionen beurteilen nach eigenen Kriterien, welche Berichte unter welchem Blickwinkel relevant sind und abgedruckt werden sollen (vgl. Baisnée 2002; Offerhaus 2008). Der andere Teil der Berichte kommt von Journalisten, die zur nationalen Politik arbeiten und im Rahmen dieser Arbeit mit EU-Politik konfrontiert werden. Sie kommen ohnehin meist nur indirekt mit der Öffentlichkeitsarbeit der EU in Kontakt. Diese heterogene und mehrstufige Nachrichtenvermittlung macht es für die Öffentlichkeitsarbeit der EU besonders schwer, bis in die nationalen Öffentlichkeiten durchzudringen. Das Ergebnis, so unsere Vermutung, ist in unseren Daten zu beobachten.

5. Bilanz

Die Verantwortungszuschreibung in den Medien entscheidet mit über das Image, die Kompetenzzuschreibung und die Legitimität, die Akteure in den Augen der Bürger genießen. Und da die Bürger in Demokratien wiederum über die Zukunft der politischen Amtsträger mitentscheiden, haben erfolgreiche oder nichterfolgreiche Attributionshandlungen einen mittelbaren Einfluss auf deren Karriere- und Machtchancen. Politiker werden entsprechend darum bemüht sein, sich selbst als Urheber von Erfolgen darzustellen, während für Misserfolge andere verantwortlich gemacht werden.

Durch die Verschränkung von Kompetenzen im Mehrebenensystem der Europäischen Union sind die Verantwortlichkeiten zwischen den unterschiedlichen Institutionen vielfältig geworden und oftmals schwer zu durchschauen, was öffentlichen Interpretationen einen großen Spielraum eröffnet. Wir haben eine Reihe von Hypothesen zur Struktur von Attributionshandlungen formuliert und diese mit Hilfe einer systematischen Inhaltsanalyse überprüft. Dabei hat sich zunächst gezeigt, dass alle Akteure um eine günstige Selbstdarstellung bemüht sind; man rechnet sich selbst überdurchschnittlich häufig Erfolge zu, während Misserfolge den Anderen attribuiert werden.

Die nationalen Regierungen haben ein besonderes Interesse daran, sich in den nationalen Öffentlichkeiten vor ihren Wählern gut zu präsentieren. Sie können aber, anders als die Oppositionsparteien, kaum nationale Akteure für Missstände verantwortlich machen. Die Europäische Kommission und die Regierungen von anderen EU-Mitgliedsländern bieten sich jedoch als Sündenböcke an. Und in der Tat wird sowohl der Kommission als auch den ausländischen Regierungen überdurchschnittlich häufig die Schuld zugeschrieben.

Anders stellt sich das Verhältnis von nationaler Regierung zu Europäischem Rat und der EU insgesamt dar. Aufgrund der engen Verflechtung mit der EU insgesamt und insbesondere mit dem Rat handelt es sich bei Attributionen von den nationalen Regierungen an diese Akteure um Varianten der Selbstattribution. Entsprechend waren wir von überwiegend positiven Attributionen ausgegangen, was sich aber nicht bestätigte. Die Attributionen an den Rat und pauschal an die EU sind zwar günstiger als für viele andere Akteure, von einer positiven Selbstattribution sind sie aber weit entfernt. Die nationalen Regierungen treiben hier offensichtlich ein Doppelspiel: Für sie günstige Entscheidungen rechnen sie sich selbst zu, unpopuläre Entscheidungen, die sie selbst (wenn es Entscheidungen des Europäischen Rats sind) mit beschlossen haben, rechnen sie negativ dem Rat oder der EU pauschal zu. Sie können hier offensichtlich darauf vertrauen, dass die Bürger auf Grund der Komplexität des Mehrebenensystems diese Strategie nicht durchschauen.

Für die nationale Opposition hatten wir vermutet, dass sich ihr Attributionsmuster an der nationalen Konkurrenz um Wählerstimmen orientiert. Entsprechend sind wir davon ausgegangen, dass vor allem die nationale Regierung der Empfänger von Schuldzuschreibungen ist, selbst wenn es wie in dem hier untersuchten Fall um EU-Politik geht. Auch diese Vermutung hat sich bestätigt.

Für die Europäische Kommission stellen sich die Attributionsanreize dagegen anders dar. Sie ist nicht an die Zustimmung der Wähler gebunden und muss ihre Selbstdarstellung nicht in Hinblick auf Wahlen optimieren. Entsprechend fällt bei ihr auch tatsächlich das „Eigenlob“ nicht so deutlich aus wie bei den übrigen Akteuren. Sie hat aber vor allem ein Interesse daran, die EU insgesamt in einem positiven Licht erscheinen zu lassen. Gleichzeitig gerät sie als Hüterin der Verträge mit den nationalen Regierungen, die die Beschlüsse umsetzen müssen, systematisch in Konflikt. Auch diese Annahmen werden durch die Daten bestätigt: Die Kommission lobt sich selbst im Vergleich zu Akteuren, die direkt von Wahlen abhängen, in einem geringeren Maße. Gleichzeitig wird die EU, wenn ihr pauschal Verantwortung zugeschrieben wird, von der Kommission ausgesprochen günstig dargestellt. Insgesamt lässt sich aus den strukturellen Positionen der Akteure recht gut prognostizieren, wem sie in der öffentlichen Arena Erfolge und wem Misserfolge zuschreiben. Ob die Negativbewertungen der In-

stitutionen der EU längerfristig mit zu einer Delegitimierung der Institutionen der EU beitragen, können wir nicht prüfen, lässt sich aber vermuten.

Auch wenn das Hauptaugenmerk unserer Analyse auf die Strukturbedingungen von Attributionsmustern gerichtet ist, haben wir bezüglich einer Fragestellung die Veränderungen im Zeitverlauf untersucht. Einige Sozialwissenschaftler gehen von der Hypothese aus, dass sich das so genannte Öffentlichkeitsdefizit der EU in den letzten zehn Jahren verringert hat. Sie verweisen zum einen auf Veränderungen hinsichtlich der Öffentlichkeitsorientierung der EU-Kommission, betonen zum anderen, dass sich die Rolle und die Bemühungen der EU-Journalisten verändert und verbessert haben. Wir haben überprüft, ob die Kommission ihr „standing“ als deutender Akteur in den nationalen Öffentlichkeiten im Zeitverlauf verbessern und sich mehr Erfolge zuschreiben konnte. Die Analysen zeigen, dass die Kommission im Laufe der von uns untersuchten 10 Jahre ihr „standing“ nicht systematisch verbessern konnte.

Fragt man sich vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse nach der Rolle der Medien im europäischen Mehrebenensystem, fällt das Ergebnis sehr nüchtern aus. Die Strukturbedingungen der sich öffentlich präsentierenden Akteure sind ausschlaggebend für die öffentlich vorgenommenen Verantwortungsattributionen. Allein aufgrund der strukturellen Situation der politischen Akteure und der sich aus diesen Positionen ergebenden strategischen Überlegungen lässt sich das Muster der Verantwortungsattributionen bereits recht gut prognostizieren. Die Medien, so legen unsere Ergebnisse nahe, reproduzieren dieses strategische Handeln weitgehend. Es lässt sich keine Beeinflussung der Berichterstattung durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der EU-Kommission feststellen. Gegenüber dieser Beeinflussung scheinen die Medien weitgehend immun zu sein. Wir konnten aber auch keine zunehmende interpretative Eigenleistung der Medien feststellen. Die politischen Akteure können offensichtlich ihre Verantwortungszuschreibungen in der medialen Berichterstattung durchsetzen, auch wenn sie dabei wie im Falle der nationalen Regierungen ein doppeltes Spiel treiben und über den Umweg der EU eigentlich eigene Entscheidungen kritisieren. Die Medien stellen sich im Fall der Verantwortungsattribution bei europapolitischen Themen als „parasitäres System“ (Gerhards 1999) dar. Eine systematische eigene Korrekturfunktion der Massenmedien lässt sich in diesem Fall nicht feststellen.

Literatur

- Baisnée, Olivier*, 2002: Can Political Journalism Exist at the EU Level?, in: *Kuhn, Raymond* (Hrsg.), *Political Journalism. New Challenges, New Practices*. London/New York: Routledge, 108-128.
- Berg, Klaus/Kiefer, Marie-Luise*, 1996: *Massenkommunikation V. Eine Langzeitstudie zur Medienutzung und Medienbewertung 1964-1995*. Baden-Baden: Nomos.
- Börzel, Tanja/Hofmann, Tobias/Sprungk, Carina*, 2003: Einhaltung von Recht jenseits des Nationalstaats. Zur Implementationslogik marktkorrigierender Regelungen in der EU, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 10, 247-290.
- Brosius, Hans-Bernd/Eps, Peter*, 1995: Framing auch bei Rezipienten? Der Einfluss der Berichterstattung über fremdenfeindliche Anschläge auf die Vorstellungen der Rezipienten, in: *Medienpsychologie* 7, 169-183.
- Chong, Dennis/Druckman, James N.*, 2007: Framing Theory, in: *Annual Review of Political Science* 10, 103-126.

- Daugbjerg, Carsten/Swinbank, Alan*, 2007: The Politics of CAP Reform: Trade Negotiations, Institutional Settings and Blame Avoidance, in: *Journal of Common Market Studies* 45, 1-22.
- Downs, Anthony*, 1968 [1957]: *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: Mohr.
- Eder, Klaus/Kantner, Cathleen*, 2000: Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit, in: *Bach, Maurizio* (Hrsg.), *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 306-331.
- Eder, Klaus/Trenz, Hans-Jörg*, 2001: The Making of a European Public Space: An Inquiry into Relating Surpanational Politics and Trannational Spaces of Communication, in: *Kohler-Koch, Beate* (Hrsg.), *Linking EU and National Governance*. Oxford: Oxford University Press, 145-165.
- Eilders, Christiane/Lüter, Albrecht*, 2000: Germany at War. Competing Framing Strategies in German Public Discourse, in: *European Journal of Communication: The Media and the Kosovo Conflict (Special Issue)* 15, 415-428.
- Entman, Robert M.*, 2004: *Projections of Power: Framing News, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy*. Chicago: University of Chicago Press.
- Eriksen, Erik O.* (Hrsg.), 2005a: *Making the European Polity. Reflexive integration in the EU*. London: Routledge.
- Eriksen, Erik O.*, 2005b: An Emerging European Public Sphere, in: *European Journal of Social Theory* 8, 341-363.
- Esser, Frank/Reinemann, Carsten/Fan, David*, 2001: Spin Doctors in the United States, Great Britain, and Germany. Metacommunication about Media Manipulation, in: *Press/Politics* 6, 16-45.
- Feindt, Peter Henning/Kleinschmit, Daniela*, 2004: Verursacher, Opfer und Helfer. BSE und Agrarpolitik in deutschen Zeitungen, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 17, 93-97.
- Ferree, Myra Marx/Gamson, William/Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter*, 2002: *Shaping Abortion Discourse: Democracy and The Public Sphere in Germany and the United States*. New York: Cambridge University Press.
- Ficham, Frank/Hewstone, Miles*, 2002: Attributionstheorie und -forschung – Von den Grundlagen zur Anwendung, in: *Stroebe, Wolfgang* et al. (Hrsg.), *Sozialpsychologie. Eine Einführung*. Berlin u. a.: Springer, 215-264.
- Försterling, Friedrich*, 2000: Wahlen aus der Perspektive der Attributionstheorie: Forschungsergebnisse, Versuchspläne und Analyseperspektiven, in: *Bohrmann, Hans* et al. (Hrsg.), *Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 91-104.
- Försterling, Friedrich/Stiensmeier-Pelster, Joachim* (Hrsg.), 1994: *Attributionstheorie: Grundlagen und Anwendungen*. Göttingen/Bern/Toronto/Seattle: Hogrefe.
- Gerhards, Jürgen*, 1993: Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: *Zeitschrift für Soziologie* 22, 96-110.
- Gerhards, Jürgen*, 1999: Wie responsiv sind die Massenmedien? Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse zum Verhältnis von Medien und Politik, in: *Gerhards, Jürgen/Hitzler, Ronald* (Hrsg.), *Eigenwilligkeit und Rationalität sozialer Prozesse. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedhelm Neidhardt*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 145-173.
- Gerhards, Jürgen*, 2000: Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: *Bach, Maurizio* (Hrsg.), *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 277-305.
- Gerhards, Jürgen/Offerhaus, Anke/Roose, Jochen*, 2007: Die öffentliche Zuschreibung von Verantwortung. Zur Entwicklung eines inhaltsanalytischen Instrumentariums, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59 (1), 105-124.
- Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter*, 1992: Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany, in: *American Journal of Sociology* 98, 555-595.
- Gerhards, Jürgen/Schäfer, Mike Steffen*, 2006: *Die Herstellung einer öffentlichen Hegemonie. Humangenomforschung in der deutschen und US-amerikanischen Presse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Glazer, Amihai/Segendorff, Bjorn, 2005: Credit Claiming, in: *Economics of Governance* 6, 125-137.
- Gramberger, Marc R., 1997: Die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Kommission 1952-1996. PR zur Legitimation von Integration. Baden-Baden: Nomos.
- Gramberger, Marc R./Lehmann, Ingrid, 1995: UN und EU: Machtlos im Kreuzfeuer der Kritik, in: *Publizistik* 40, 186-204.
- Hayes-Renshaw, Fiona/Wallace, Helen, 1997: *The Council of Ministers*. London/Basingstoke: Macmillan.
- Hoesch, Kirsten, 2003: Kontinuität und Wandel in der Kommunikationsstrategie der EU-Kommission. Osnabrück: Der Andere Verlag.
- Hood, Christopher, 2002: The Risk Game and the Blame Game, in: *Government and Opposition* 37, 15-37.
- Hood, Christopher/Rothstein, Henry, 2001: Risk Regulation Under Pressure: Problem Solving or Blame Shifting?, in: *Administration & Society* 33, 21-53.
- Iyengar, Shanto, 1991: *Is Anyone Responsible? How Television Frames Political Issues*. Chicago/London: The University of Chicago Press.
- Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate, 1996: Einleitung: Regieren im dynamischen Mehrebenensystem, in: *Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate* (Hrsg.), *Europäische Integration*. Opladen: Leske + Budrich, 15-44.
- Kantner, Cathleen, 2004: Kein modernes Babel. Kommunikative Voraussetzungen europäischer Öffentlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Knight, Graham/MacNeill, Margaret/Donnelly, Peter, 2005: The Disappointment Games: Narratives of Olympic Failure in Canada and New Zealand, in: *International Review for the Sociology of Sport* 40, 25-51.
- Koopmans, Ruud/Erbe, Jessica, 2004: Towards a European Public Sphere? Vertical and Horizontal Dimensions of Europeanised Political Communication, in: *Innovation* 17, 97-118.
- Koopmans, Ruud/Pfetsch, Barbara, 2006: Obstacles or Motors of Europeanization? German Media and the Transnationalization of Public Debate, in: *Communications* 31, 115-138.
- Machill, Marcell/Beiler, Markus/Fischer, Corinna, 2006: Europe-Topics in Europe's Media. The Debate about the European Public Sphere: A Meta-Analysis of Media Content Analyses, in: *European Journal of Communication* 21, 57-88.
- Meyer, Christoph O., 2002: Europäische Öffentlichkeit als Kontrollsphäre: Die Europäische Kommission, die Medien und politische Verantwortung. Berlin: Vistas.
- Meyer, Christoph O., 2005: The Europeanization of Media Discourse: A Study of Quality Press Coverage of Economic Policy Co-ordination since Amsterdam, in: *Journal of Common Market Studies* 43, 121-148.
- Möller, Jens, 1993: Attributionen in den Massenmedien. Zum Einfluss nationaler Gruppenzugehörigkeit, Gruppengröße und Geschlecht auf spontane Ursachenzuschreibungen. Bonn: Holos-Verlag.
- Neidhardt, Friedhelm, 2006: Europäische Öffentlichkeit als Prozess. Herausforderungen für die Theorie, in: *Langenbucher, Wolfgang R./Lutzer, Michael* (Hrsg.), *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 46-61.
- Neidhardt, Friedhelm/Koopmans, Ruud/Pfetsch, Barbara, 2000: Konstitutionsbedingungen politischer Öffentlichkeit: Der Fall Europa, in: *Klingemann, Hans-Dieter/Neidhardt, Friedhelm* (Hrsg.), *Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung*. WZB-Jahrbuch 2000. Berlin: edition sigma, 263-293.
- Norris, Pippa, 2000: *A Virtuous Circle: Political Communications in Postindustrial Societies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Offerhaus, Anke, 2002: Die Wahrnehmung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten in der deutschen Tagesberichterstattung. Eine empirische Untersuchung zur Beschreibung der Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit. Leipzig: Magisterarbeit am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig (unveröffentlicht).
- Offerhaus, Anke, 2008: Die Professionalisierung des EU-Journalismus. Freie Universität Berlin: Univ.-Diss., in Vorbereitung.

- Peter, Jochen*, 2002: Formale und inhaltliche Charakteristiken der alltäglichen Fernsehberichterstattung über die Europäische Union – eine Inhaltsanalyse in fünf Mitgliedstaaten. in: *Hagen, Lutz M.* (Hrsg.), *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess*. Köln: von Halem, 146-161.
- Peter, Jochen/de Vreese, C. H.*, 2004: In Search of Europe. A Cross-National Comparative Study of the European Union in National Television News, in: *Press/Politics* 9, 3-24.
- Peters, Hans Peter/Heinrichs, Harald*, 2005: Öffentliche Kommunikation über Klimawandel und Sturmflutrisiken. Bedeutungskonstruktion durch Experten, Journalisten und Bürger. Jülich: Forschungszentrum Jülich.
- Peterson, John/Bomberg, Elizabeth*, 1999: *Decision-Making in the European Union*. Basingstoke/London: Macmillan.
- Pfetsch, Barbara*, 2004: *The Voice of the Media in the European Public Sphere: Comparative Analysis of Newspaper Editorials*. Integrated Report WP3: Europub.com.
- Pfetsch, Barbara/Adam, Silke/Eschner, Barbara*, 2008: The Contribution of the Press to Europeanization of Public Debates. A Comparative Study of Issue Salience and Conflict Lines of European Integration, in: *Journalism* 9 (4), 465-492.
- Popkin, Samuel L.*, 1991: *The Reasoning Voter*. Chicago/London: University of Chicago Press.
- Reese, Stephen D.*, 2007: The Framing Project: A Bridging Model for Media Research Revisited, in: *Journal of Communication* 57, 148-154.
- Reese, Stephen D./Gandy, Oscar H./Grant, August E.*, 2001: *Framing public life*. Mahwah, NJ: Erlbaum.
- Risse, Thomas*, 2002: Zur Debatte um die (Nicht-)Existenz einer europäischen Öffentlichkeit, in: *Berliner Debatte Initial: Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal*, 13, 15-23.
- Scheufele, Dietram A.*, 1999: Framing as a Theory of Media Effects, in: *Journal of Communication* 14, 103-122.
- Scheufele, Bertram*, 2005: Mediale Legitimierung von Kriegen durch Rollen-Zuschreibung. Eine explorative Studie zur Berichterstattung deutscher Nachrichtenmagazine über den Kosovo-Krieg, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 53, 352-368.
- Scheufele, Bertram/Brosius, Hans-Bernd*, 1999: The frame remains the same? Stabilität und Kontinuität journalistischer Selektionskriterien am Beispiel der Berichterstattung über Anschläge auf Ausländer und Asylbewerber, in: *Rundfunk und Fernsehen* 47, 409-432.
- Schumpeter, Joseph A.*, 1950 [1942]: *Capitalism, Socialism and Democracy* (Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie). Bern: Francke
- Sievert, Holger*, 1998: *Europäischer Journalismus. Theorie und Empirie aktueller Medienkommunikation in der Europäischen Union*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Snow, David A. et al.*, 1986: Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movement Participation, in: *American Sociological Review* 51, 464-481.
- Snow, David A./Benford, Robert D.*, 1988: Ideology, Frame Resonance and Participant Mobilization, in: *Klandermans, Bert et al.* (Hrsg.), *From Structure to Action: Comparing Social Movement Across Cultures*. London: Jai Press, 197-218.
- Stiehler, Hans-Jörg*, 2000: Nach der Wahl ist vor der Wahl: Interpretationen als Gegenstand der Medienforschung, in: *Bohrmann, Hans et al.* (Hrsg.), *Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 105-120.
- Stiehler, Hans-Jörg/Marr, Mirko*, 1995: Zwei Fehler sind gemacht worden, und deshalb sind wir nicht mehr im Wettbewerb. Erklärungsmuster der Medien und des Publikums in der Kommentierung des Scheiterns der deutschen Nationalmannschaft bei der Fußball-Weltmeisterschaft 1994, in: *Rundfunk und Fernsehen* 43, 330-349.
- Stiehler, Hans-Jörg/Marr, Mirko*, 1996: Totgesagte leben länger: Erklärungsmuster der Medien und des Publikums zum Abschneiden der PDS bei den Kommunalwahlen in Leipzig 1994, in: *Holtz-Bacha, Christina/Kaid, Lynda Lee* (Hrsg.), *Wahlen und Wahlkampf in den Medien: Untersuchungen aus dem Wahljahr 1994*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 119-149.
- Tennert, Falk/Stiehler, Hans-Jörg*, 2001: Interpretationsgefechte. Ursachenzuschreibungen an Wahlenden im Fernsehen. Leipzig: Leipziger Universitäts-Verlag.

- Tenscher, Jens*, 2000: Politikbermittlungsexperten. Die Schaltzentralen politischer Kommunikation, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 13, 7-16.
- Treib, Oliver*, 2003: Die Umsetzung von EU-Richtlinien im Zeichen der Parteipolitik: Eine akteurszentrierte Antwort auf die Misfit-These, in: *Politische Vierteljahresschrift* 44, 506-528.
- Trenz, Hans-Jörg*, 2005: Die mediale Ordnung des politischen Europas: Formen und Dynamiken der Europäisierung politischer Kommunikation in der Qualitätspresse, in: *Zeitschrift für Soziologie* 34, 188-206.
- Trenz, Hans-Jörg*, 2005a: Europa in den Medien. Die europäische Integration im Spiegel nationaler Öffentlichkeit. Frankfurt a. M.: Campus.
- van de Steeg, Marianne*, 2005: The Public Sphere in the European Union. A Media Analysis of the Public Discourse on EU Enlargement and on the Haider Case. Department of Political and Social Science. Florence: European University Institute.
- van de Steeg, Marianne*, 2006: Does a Public Sphere Exist in the European Union? An Analysis of the Content of the Debate on the Haider Case, in: *European Journal of Political Research* 45, 609-634
- Wallace, Helen*, 1996: The Institutions of the EU: Experience and Experiments, in: *Wallace, Helen/ Wallace, William* (Hrsg.), *Policy-Making in the European Union*. Oxford: Oxford University Press, 37-68.
- Weaver, Kent R.*, 1986: The Politics of Blame Avoidance, in: *Journal of Public Policy* 6, 371-398.
- Weßler, Hartmut*, 1999: Öffentlichkeit als Prozess. Deutungsstrukturen und Deutungswandel in der deutschen Drogenberichterstattung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wimmel, Andreas*, 2004: Transnationale Diskurse. Zur Analyse politischer Kommunikation in der europäischen Medienöffentlichkeit, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 11, 7-25.
- Wimmel, Andreas*, 2005: Transnationale Diskurse in der europäischen Medienöffentlichkeit. Die Debatte zum EU-Beitritt der Türkei, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46, 459-483.